

15 JULI 1933

Ostland

Wochenschrift für den gesamten Osten

Verlag Bund Deutscher Osten e. V., Berlin W 30.

Erschien wöchentlich, einmal. Bezug: Durch die Post vierfachjährl. 1.50 M. Einzelnummer 20 P. u. 5 M. Postgebühr. Ausgabenpreis: Für jeden Millimeter Höhe der Briefpost. Zeile 30 P., bei Familien-, Ortsgruppen- u. Stellen-Anz. 20 P., bei Anz. im Anschluß an den Text auf Leibbriefe 1.20 M.

Nr. 29.

Berlin, 14. Juli 1933.

14. Jahrg.

Inhalt: 2. 285: Deutschland und die Ostspäkte. | 2. 286: Schlußrede der Kaiserlichen Dämmark. | 2. 287: Industrialisierung Chinesen. | 2. 288: Die Bewährungsprobe der nationalsozialistischen Revolution. — Überzeugungen als Persiflierung. — Arbeitseinsatz in Tannen. — Bedeutung des Orients. — Der Autoverkehrswesen im Orient. — „Ostpreußen teilte Russland auf“ | 2. 289: Verhandlungen Douglas-Polen. — Polen kann Ozeandampfer mit hoher Zäldlängen bauen. — Die „Ostspäkte“ und die „Ostpreußen“. — Die „Ostspäkte“ und die „Ostpreußen“. — Ein politisches Erinnerungszeichen. | 2. 290: Deutsche werden überholen. Deutsche Reaktionen werden vereitelt. Erreichte Unterholen. — Die konsolidierende Arbeit. — Wirtschaftskrisis. | 2. 291: Die Russen. — Wirtschaftskrisis. — Die „Sowjeten“ | 2. 292: Abstimmungsgedächtnis in Berlin. — Mitteilungen des R.D.L. — Beilage des deutschen Osten.

Deutschland und die Ostspäkte.

Die Rosen der Deutschen, meint Augur-Doljatoff, im bezug auf die Osteuropapakte sind um einige Centimeter länger geworden. So schlimm liegen die Dinge nun nicht. Immerhin verbinden die Paktie, die kürzlich von der Sowjetunion einerseits und ihren europäischen und nordafrikanischen Nachbarstaaten sowie der kleinen Entente und Italien andererseits geschlossen worden sind, doch man sieht in Deutschland sehr eingehend mit ihnen befreit. Die Paktie an sich befiehlt nur wenig. Sie erläutern den Begriff des Angreifers, indem sie feststellen, daß als Angreifer derjenige Staat anzusehen ist, der einen anderen Staat den Krieg erklärt oder in das Gebiet eines anderen Staates ohne formelle Kriegserklärung einfällt, oder dessen Küsten und Rückflüsse oder bewaffnete Banden, die in das Gebiet eines anderen Staates einbrechen, unterstellt; usf. Für Deutschland ist das Wichtigste an den Paktien nicht so sehr dieser Text, als vielmehr die außenpolitische Gesamtlage, aus der heraus sie entstanden sind, und die Absichten, die die Hauptvertreter, Moskau und Warschau, mit ihnen verfolgen.

Man kann die Osteuropapakte als Symptom einer gründlichen politischen Umorientierung ansehen, in deren Mittelpunkt der Sowjetstaat steht. Was diesen anlangt, so ist er auf den Abschluß jüngst wohl ein ausgesprogenes außenpolitisches Aushilfsdrüft maßgebend gewesen, das mit Rückicht auf die kollektive Sicherung der innerpolitischen und wirtschaftlichen Verhältnisse des „Sowjetparadieses“ durchaus verständlich erscheint. Es ist der Sowjetunion in einem einzigen großen Anlauf gelungen, den Anschluß an den „Westen“ zu finden. Sie hat einen Kranz neutraler Staaten von Afghanistan bis Island um ihre Süd- und Westgrenzen gelegt. Sie hat den Konflikt mit London beigelegt und steht jetzt vor dem Abschluß eines Handelsvertrages mit England. Sie ist weiter durch die Paktie auch den Staaten der kleinen Entente nahergekommen, die auf der leidigen heftigsten Frage durch diplomatische Verhandlung ihre bedrohliche Schwäche genommen. Und vielleicht ist ihr auch noch die Annahme gegerter Vereinbarungen den Bergneringen Staaten gegönnt, nachdem schon vor einiger Zeit die Situations im Verhältnis zu Frankreich aus dem Wege geräumt worden waren. Sowjetländigkeit hat auf diese Weise den Anschluß an den „Westen“ unter Umgebung Deutschlands gefunden.

Da liegt der Gedanke nahe, daß bei diesen Massenpaktien ein tieferes Gelehrtenmangel mitspielt. Das wird durch die bolowite Betrachtung, mit der die Paktoknäpfe in Warschau und Paris gefestigt wurden, bestätigt. Das Ziel der französisch-polnischen Außenministerkonferenz in Paris ist seit dem August 1931 die Entwicklung der Verträge von Versailles, die Befestigung des „Alpidrucks“ der „Rapallo“, die Befreiung Polens von der brandigen Zweckentstellung zwischen Deutschland und Russland. Dieses Ziel scheint heute erreicht; und in Paris vernehmen man mit Sonnenuntergang den Triumph der französischen Ostpolitik, in der „Niederrusse“ über den ganzen Osten von der Ostsee bis zum Schwarzen Meere ausgezäumt und nebenbei auch noch am Wiener Ballhausplatz über geistige Kreuzer verfügt. Den Pariser und Warschauer Diplomaten ist bei ihrem Vorhaben die — übrigens völlig unbegründete — Angst der Sowjetgemeinschaft vor dem nationalsozialistischen Deutschland zu Hilfe gekommen. Deutschland hat nur allen Staaten ganz gewiß das geringste Interesse daran, einen militärischen Kreuzzug gegen das Sowjetregime in Spanien zu sehen. Dagegen haben gerade die Staaten Jahr Jahre hindurch mit dem Gedanken eines solchen Kreuzzuges gespielt, bei denen Moskau jetzt

ancheinend glaubt, Schuh vor der nationalsozialistischen Revolution finden zu können.

Die Polen zeigen sich über das Zustandekommen der Paktie sehr zufrieden. Sie glauben, nun endlich der deutsch-russischen Zange, die ihnen seit Rapallo den politischen Atmen abklebte, entronnen zu sein. Sie nehmen an, daß nunmehr einer engeren politischen und wirtschaftlichen Zusammenarbeit mit dem Sowjeten nichts mehr im Wege steht. Sie fühlen sich an der Ostgrenze entlastet und im Volksbevölkerung der lange ersehnten Bewegungsfreiheit gegenüber dem westlichen Nachbarn. Sie vermehren mit Begeisterung, daß jetzt endlich die Geschäftlichkeit aller westlichen Anlieger Rußlands, deren Südwand sie sich beabsprachen, hergestellt ist. Ihrer Ansicht nach ist mit dem Abschluß der Ostspäkte auch der Bismarckstropf so gut wie erledigt. Sie feiern der Kurier Warszawski die Ostspäkte in poetischen Worten als einen Sieg „des guten Willens, der ehrlichen Vernunft und der redlichen Absichten“ über den Geist der „raubgierigen Instinkte“ und der „imperialistischen Aspirationen“. Wenn aber die Polen jemanden in politischen Dingen „guten Willen“ und „rechte Absichten“ nachvieren, dann bedeutet das immer, daß sie in ihm einen Garanten der Besoijller Grenzen vermuten. Sie leben in den Ostspätkten die Garantie des Besoijller Systems. Sie haben ihre Hoffnung auf die Sowjeten gelegt. Selbst Blätter wie der „Kurier Poranna“, in denen bisher mit Überzeugung und Ausdauer gegen die Polenkneiken gedroht worden ist, finden jetzt geradezu begeisterte Worte der Anerkennung für die Staatskunst und Kultur der Moskauer Herren. „Wir jagen nicht“, heißt es in diesem Blatt u. a., „die Überzeugung zu äußern, daß die Sowjetunion, indem sie bei der Verwirklichung dieses Paktes Beweise voraussetzt, Begründung der politisch-Werte eines Kompromisses erbracht, ob in dem moralisch-Rang der Nationen erhoben hat, die für die leidende Menschheit Träger einer Kulturmission sind (h.).“ Und mit Begeisterung liert der konervative „Zas“ eine Äußerung der Wiener „Stunde“. Es zeigt sich jetzt, daß die europäischen Großmächte eins darin sind, daß das Deutsche Reich trug das Bismarckpaket nicht mehr in die Frage als faktor beim Wiederaufbau Europas, und daß die europäischen Mächte an Stelle Deutschlands die Sowjeten in dieser Aktion herausgezogen hätten. Der Deutschen „Völkerfront“ ist abgelaufen von einigen unklaren Stellen im Süden deutlich geschlossen.

Der Moskauer „Sowjet“ hat nun zwar kürzlich erklärt, daß die Sowjetunion keinem besonderen Interesse an der Revision der Verträge befreit und daß ihrer gründlichste heimliche Absicht gegen das Besoijller System nur theoretische Bedeutung habe. Das ist aber nichts Neues. In Deutschland hat es sich auch früher niemals in Einst daran gestellt, daß die Sowjetunion sich einmal vor sich aus aktion für eine Rückgabe des Kriegsausfalls Deutschland einsetzen werde. Wenn sie jetzt die Pakte abgeschlossen hat, so bedeutet das noch nicht, daß sie nunmehr ihrer endgültig eindeutig in die Front der Revolutionsgegnern neuer Polen und Sonnenkreis eingerückt ist. Daß das deutsch-russische Verhältnis gilt noch wie vor der erst vor kurzem veränderte Berliner Vertrags. Notwendig aber ist es, daß sich die deutsche Diplomatie aktiver als bisher in die osteuropäischen Geschehnisse einsetzt. Solch besteht in der Tat die Gefahr, daß das Wirklichkeit wird, was die Polen schon jetzt glauben als vollendete Erfache vorwegnehmen zu können: Daß sich nämlich in Osteuropa eine völlige Umgruppierung vollzieht, die sich gegen den auswirken muß, der sich von einer Mitwirkung daran auskosten läßt.

Dr. Kredel.

Selbsthilfe der Bayerischen Ostmark.

Die Bayerische Ostmark ist von zwei großen Gefahren bedroht: Von außen durch das siebenwöchige volks-, wert- und wirtschaftspolitische Vordringen des Reichsentums, von innen durch eine vermüdende wirtschaftliche Notlage, die wiederum in vielen Punkten eine unmittelbare Folge der politischen Abschaffung jenseits der Reichsgrenze ist. Die wirtschaftliche Notlage des Grenzgebietes ist geradezu Wegbereiter für das siebenjährige Vordringen. Denn sie zerstört den wichtigsten Wall jedes Grenzgebietes, den Wall einer dichten bodenständigen Bevölkerung. In weiten Gebieten der bayerischen Ostmark ist — unter der Voraussetzung der Fortdauer der augenblicklichen Notlage — nur zweitaktiv möglich: die Bevölkerungssteile, die innerhalb des Rotgebietes keinen Lebensraum mehr finden können, wandern aus, oder aber es erfolgt durch Hunger und Krankheit ein biologischer Rückbildungsspross. In beiden Fällen entvölkert und damit zerstört der Widerstandskampf des Grenzgebietes. Rache Abhöhe ist eine gesamtdeutsche Notwendigkeit.

Was wird mit diese Gefahr fordern? Ich finde mir uns darüber klar, daß diese Forderung nicht ohne Grund ist, nur weiß ich die Lebensfähigkeit der bayerischen Bevölkerung durch Reichslubitionen zu prüfen. Sicherlich sind sicherlich in manchen verstreuten Säulen eine Rotentwicklung. Zur Regel dürfen Sie nicht mehr sagen. Denn sie wirken demoralisierend und verzerrt über dazu, durch schlechtes Wirtschaftsdenken den Höchstgrad des Rotlindens und damit den Subventionssanspruch zu erzielen, als daß sie die lebhafte Arbeit der Grenzbevölkerung zum letzten Einzug holen würden.

Was wir brauchen, ist ein punktuell zusammengeförderte Selbsthilfe, der durch staatliche Maßnahmen genügend Lebensvoraussetzungen geschaffen werden müssen. Ihre richtige Ausübung kann nur durch den eigenen Arbeit des Grenzlandes vorbereitet werden. Was wir damit meinen, erhebt vielleicht anstellen aus einer vorbildlichen Anordnung des Staatsministers Hermann Esser, der an die Staatsbeamten einen darüber präzise gehaltenen Auflösungsergänzung ließ, bei ihnen Urfaulzstellen die offiziellesten Rotgebiete zu berücksichtigen. Hier wird der Heimstifter für die Ostmark wohrgewesen. Walter Gollwitz oder Bauer aber die daraus sich ergebende Hilfestellung erhält, darüber entscheidet seine eigene Tüchtigkeit. Der Staat schafft den Rahmen, die Grenzbevölkerung muß ihn ausfüllen.

Welche Maßnahmen der allgemein geforderten Selbsthilfe sind nun überhaupt denkbar? Hier müssen zunächst die tiefsten Ursachen der Notlage des Grenzgebietes untersucht werden. Die bayerische Ostmark ist ein Gebiet, das seine Bevölkerung nicht allein durch die Landwirtschaftlichkeit ernähren kann. Bereits seit langer Zeit ist die Lebensfähigkeit Ostbayerns nur dann gegeben, wenn es für die Erzeugnisse seines Handwerks auch außerhalb der engeren Heimat Abhol findet. Dieser „zweckmäßige Lebensraum“ durch Abhol der hochwertigen handwerklichen Arbeiten in ihm durch die Industrialisierung Deutschlands empfindlich eingeschränkt worden. Insbesondere hat die maschinennahmige Herstellung von Glas und Leinen das bedeutendste Handwerk empfindlich geschädigt, zumal sich die entsprechenden Industrien nicht im Grenzgebiet selbst, sondern in verkehrsbedingt günstiger gelegenen Orten entwickelt haben. So war die bayerische Ostmark schon in der Vorkriegszeit ungeachtet des auf dem wirtschaftlichen Erfahrungsmitteln angesetzten, die früher gelauftreute Not noch nach dem Krieg (Geburtensturz, verfehlte Wirtschaftspolitik usw.) lediglich die Überholungsfahrt in die Ostmark mit dem Erfahrungsmittel herab, und höchstlich rollendeten die Erfahrungsmittel im engeren Sinn als „Grenzen“ bezeichnet werden können, die wie wirtschaftliche Katastrophen. Vor an der Grenze zulandende fränkische Städte gingen fast wie vollständig. Auch der durch Böhmen hindurchgehende Abhol, der vor allem die ostbayerische Steinindustrie um Wien — der sinnlichstaufregendste Hauptstadt eines Großstaates — gehebt hatte, ist vollkommen verschwunden. Eine furchtbare Wirtschaftskrisis ist die Folge.

Während aber Böhmen für die deutschen Erzeugnisse gesperrt wurde, blieb die bayerische Ostmark für böhmische Erzeugnisse offen. Das Balutsvermögen, die billigeren und nicht durch Kriegsschäden beeinträchtigten Produktionsbedingungen in Böhmen ermöglichen es, selbst wenn der Zoll soll gehoben wird, gleichartige Erzeugnisse aus Böhmen billiger zu beschaffen als aus der engeren Heimat. Die Verführung zu solchen Verhältnissen ist natürlich für eine bis zum Letzten verarmte Bevölkerung besonders groß. So hat die bayerische Ostmark nicht nur den äußeren Markt, sondern sogar den Binnenmarkt weitgehend verloren. In den Grundlagen ähnlich wie im Nordosten wurde ein wenigen Monaten hergestellter „Verbrauchsstaat“ vor der Veranerzung des Grenzcharakters in die Nord-Südrichtung abgedrängt, in der weiter die Verkehrsverbindungen ausgebaut noch neue Märkte vorhanden sind. Der Volksverkümmernung, die bei Fortdauer dieses Zustandes unvermeidlich ist, gilt es mit allen Kräften entgegenzuwerben.

Für die Selbsthilfe der bayerischen Ostmark auf wirtschaftlichem Gebiet sind bereits wertvolle Voraussetzungen gegeben. In der nunmehr dem Bund Deutscher Osten eingegliederten wirtschaftlichen Werkeinheiten der bayerischen Ostmark haben sich eine große Zahl der notleidenden wirtschaftlichen Unternehmungen des Grenzgebietes — von den großen und Kleinbetrieben — zusammengefunden. Eine genaue Aufstellung

aller Erzeugnisse, die diese Betriebe zu liefern in der Lage sind, findet sich in dem Büchlein „Die Bayerische Ostmark bedroht“¹⁾.

Vom Zusammenhang log von vornherein die richtige Gedanke zugrunde, daß teure Werbeschreibungen, die den zusammenbrechenden Einzelbetrieb unmöglich sind, durch den gesammelten Einkauf aller möglich werden. Die vielen gemeinsamen Ausstellungen von Ostmark-Produkten, die die Werbestelle innerhalb und außerhalb Bayerns durchgeführt hat, sind schönste Zeugnisse der Volkskameradschaft im Grenzgebiet, denn die Kosten der Werbung wurden fast von einem leistungsfähigeren Betrieb aufgebracht, die damit den armen Handwerker ermöglichten, ohne eigene Kosten an den Ausstellungen teilzunehmen. So ist es der Werbestelle schon innerhalb eines einzigen Jahres gelungen, zahlreiche Aufträge direkt an die Ostmarkwirtschaft zu vermitteln und damit den am schwersten betroffenen Rotgebieten Arbeit und Brod zu geben. Die Arbeitsmethode der Ostmark-Werbestelle verbürgt rasch und jeden Zweckhandel verhindrende Vermittlung zwischen dem Käufer und dem Produzenten.

Aber der Werbestelle läufen alle Angebote aus dem Grenzgebiet ein. Die Werbestelle gibt das Angebot an den deutschen Markt weiter. Die Aufträge kommen aber nicht direkt an die Werbestelle, sondern werden direkt an den Exportator. Es steht außer allem Zweifel, daß Grundbedürfnis dieser Arbeit sich als richtig erwiesen hat. Was aber bisher sehr wahrscheinlich ist, daß der von einer kurzen Staatsgewalt ausgeübte Schutz dieser Arbeit. Von Interessenverbänden, deren Eigennutz den Vorrang vor der Rücksicht auf die gemeinsame Volkskameradschaft hat, wurde der Arbeit eine Fülle von Schwierigkeiten bereitgestellt. Am Beispiel selbst fehlt es anfangs dieser Schwierigkeiten oft an der Ostbauwirkung, sich zurückzulassen in den Dienst des gemeinsamen Lebenskamps zu stellen. Die großzügige Zusammenfassung der Ostpolitik im Bund Deutscher Osten ermöglicht es nun mehr, in Rahmen des Bundes die Selbsthilfeaktion in grohem Stil voranzutreiben.

Notwendig ist daher u. a. folgendes: Regional muß die Bevölkerung des Grenzgebietes klar umstellen werden, um festzustellen, welche Gebiete berechtigt sind, aus dem Gebiet ihrer erhöhten Berantwortlichkeit für das Gesamtvolk eine erhöhte Förderung durch den Siedlungsbau zu erfordern. Die Umgrenzung der bayerischen Ostmark würde an bestem den Annexionssiedlungen des sächsischen Raumes (aus dem Jahre 1918) entsprechen erfolgen, die ja klar belegen, welches Gebiet umkämpfter Raum ist. Danach würde es sich um das Gebiet zwischen Reichsgrenze, Donau und Elbschlaufe Regensburg-Hof (einheitlich Regensburg und Pößneck) handeln. Im Norden müßte die schwäbische Grenzstellung durch die Einbeziehung des Frankenwaldes vertieft werden. Falls eine Staffelung in Betracht kommt, so könnte man als erste Linie die 13 unmittelbar an die Elbschlaufe angrenzenden Kreisräte konservieren. Für die Qualitätsversorgung ist die in der wirtschaftlichen Werbestelle beim Bund Deutscher Osten zusammengeschlossenen Betriebe muß eine Kommission „Bayerisches Ostmarkvertrags“ geschaffen werden, die die Waren auf dem Markt kontrolliert macht. Selbstverständlich können nur hochwertige Qualitätsergebnisse den Anspruch auf die Verteilung dieser Kommerkmärkte ergeben. Vom im Zusammenhang dieser Arbeit im Seize des neuen Deutschland die Handarbeit, die Arbeit des schöpferischen bodenständigen Handwerks, befondene Förderung erfahren würde, bedarf keiner besonderen Betonung.

Würde so die bereits in den Grundzügen vorhandene Gemeinsamkeit des Kampfes für die Markteinführung und Marktbefestigung der Notwendigkeit durch die plausibele Ostpolitik des neuen Deutschen Reiches erfordert, so ist es weiter notwendig, das Grenland auch verkehrs-politisch wesentlich mehr als bisher mit dem gesamtdeutschen Volkskörper in Zusammenhang zu bringen. Die grundlegende Veränderung des Grenzcharakters und die dadurch herbeigeführten Siedlungsschäden machen es notwendig, durch den Ausbau einer großen einheitlichen Werkeinheitsstruktur des Grenz- und insbesondere in die Richtung Pößneck-Trebnitz, der ostfränkischen Wirtschaft die Möglichkeit der unabdingbar notwendigen Nord-Süd-Orientierung zu gewähren. Wie die Produkte der bayerischen Ostmark bedeuten die großen Umlage, die gegenwärtig gefordert werden müssen, eine schwere Belastung mit Bruttowert, durch die vielleicht die ostbayerischen Produkte auf dem Markt konkurrenzfähig werden. Von größter Wichtigkeit ist auch die Entwicklung des Fremdenverkehrs, für die jedoch der Ausbau der Unterkunftsanlagen und eine mögliche Verbesserung des Verkehrsnetzwerkes Voraussetzung ist.

Es möglich ist, nach vorliegenden erfolgreichen gesichtlichen Verhandlungen für die nun Grenzland erklärten Gebiete weitestgehende Preisregeln, insbesondere steuerliche Art, zu schaffen, müßte der staatlichen Überprüfung durch die führenden Instanzen der Reichs- und politisch verantwortlichen bleibt, zu denen das deutsche Volk das Betroffenen auch kann und kann, daß sie nichts unrichtig lassen werden, was die Widerstandskraft des Grenzgebietes stärken könnte.

Dann das ist das wesentlichste Neues, was das Deutschland von jetzt an erreichten aus binnendeutschland Gebieten, die die Verordnung des Grenzgebietes eine unberührte Verleugnung ihrer besonderen Interessen in einem Staat in sich zusammen, der nach dem Grundsatz „Gemeinwohl vor Eigennutz“ aufgebaut ist. Ein solcher Staat wird Sobald bis zur Heimarbeitserziehung — zur gemeinsamen Marktbefestigung

¹⁾ „Die bayerische Ostmark bedroht.“ Von Dr. Kurt Trümpler. Mit einem Geleitwort von Ministerpräsidenten Siebert. Edwin Range Verlag Berlin.

Industrialisierung Ostpreußens.

Die Zeit der „Ostküste“, die dem Osten den Ruf von Almosen und Lebesgegen zu leben, eingebracht hatte, ist heute vorbei. Diese Art von Ostküste hat die Aufgabe, die es zu lösen galt, nicht erfüllt; sie hat bestenfalls ausgereicht, schwache Betriebe zeitweilig vor dem vollen Zusammenbruch zu retten; aber sie war nicht imstande und war wohl auch gar nicht darauf berechnet, eine Schöpfung von Grund auf herbeizuführen. Der Osten war — wesentlich unter den Auswirkungen der Berliner Grenzverschiebungen — in Not geraten, weil er bei schlechten Agrarpreisen die Schulden, Steuern und Abgaben nicht mehr aufzubringen vermochte. Es ist nun aber offenkundig ein wenig sinnvolles Beginnen, einen Betrieb die aufgelauenen Schulden abzunehmen, ohne die Umstände zu befeiligen, die zu seiner Überlebensfähigkeit geführt haben; denn über kurz oder lang wird der Betrieb dann wieder in dieselbe hilfsschwürfige Lage geraten. Wenn der Osten wirklich gebessert werden sollte, dann müßte man ihm Arbeit geben, ihm ausreichende Preise für seine Produkte verschaffen und ihn vor kapitalistischer Ausbeutung schützen. Was die Preisgestaltung anlangt, so ist jetzt dem 30. Januar, s. J., auf handelspolitischen Gebiete schon manches getan. Und doch das agrarische Insproblem für ganz Deutschland in einer den Bedürfnissen auch der östlichen Landwirtschaft gerecht werdenden Weise gelöst wird, ist man noch der Beratung des Bauernführers Vorreiter zum Wirtschaftsminister annehmen berechtigt.

Aun hat die nationalsozialistische Regierung auch die dritte Seite des östdeutschen Wirtschaftsproblems, die Arbeitsbeschaffung, in Angriff genommen. Was noch vor kurzem nur theoretisch-theoretischer Erörterungen war, was von mehr oder weniger gelebten Köpfen als „unmöglich“ abgelehnt wurde, ist jetzt zum Reichsbedarf erhoben worden: Ostpreußen wird industrialisiert! Das ist ein Beschuß von revolutionärer Bedeutung. Revolutionär in volkswirtschaftlicher, bauernpolitischer und schließlich auch in außenpolitischer Hinsicht. Reichsbeamter Adolf Hitler und Oberpräsident Erich Koch sind die Initiatoren dieses Beschlusses. Da Ostpreußen bereits „Güterbetriebe“ des „Reiches“ bereits bestehende Industriebetriebe geschaffen, Betrieb der weiterverarbeitenden Industrien, vor allem der chemischen und Textilindustrie, nach Ostpreußens Vertrag. Diese Betriebe sollen möglichst nicht in die großen Städte gelegt werden, sondern in die ländlichen Bezirke. Auf diese Weise soll eine gewisse Mischung von Landwirtschaft und Kleinindustrie erzielt werden. Diese organische Verbindung von Landwirtschaft und Industrie wird durchaus noch fertig gestellt werden, daß den Arbeitern und Amtsinhabern der Industriebetriebe genügend Land zugestellt wird, um bodenständig zu werden. Das Ziel ist die Schaffung einer wirtschaftlichen Struktur, wie sie früher im Württembergischen bestand und sich dort auch in den schlimmsten Kriegszeiten verhältnismäßig gut bewährt hat. Die neuen Industrien werden zunächst den Eigentum der Provinz zu teilen haben; es wird aber auch, sofern ihre Produktion die Aufnahmefähigkeit des ostpreußischen Marktes übersteigt, dafür Sorge getragen werden, daß ihre Erzeugnisse im Reichs-Abojaz und lohnende Ausfuhr in die benachbarten östlichen Agrarländer finden. Für die Heranbildung der erforderlichen Rohstoffe soll der militärische Seeweg nutzbar gemacht werden. Um die tägliche Dezentralisierung der ostpreußischen Industrie zu erleichtern, ist der Ausbau des schon bestehenden und gegebenenfalls auch die Schaffung neuer Wasserstraßen ins Auge gefaßt. In letzter Linie ist hierbei an den Bau des Majurischen Kanals und an die Verlängerung des Oberlandischen Kanals bis Allenstein gedacht. Die Lebensfähigkeit der neu zu schaffenden Industrien wird durch die bevorzugte Zuteilung von öffentlichen und teilweise auch privaten Aufträgen sichergestellt. Neben diesen und anderen wirtschaftlichen Maßnahmen für Ostpreußen ist auch an einem umfangreichen Ausbau der kultuellen Zentren Ostpreußens gedacht. Vor allem soll die Königsberger Universität zur Rationaluniversität ausgebaut werden; und Ostpreußen soll ein großes Nationaltheater erhalten. Die Albertina soll die Hochschule werden, die mit ihrer wissenschaftlichen und erzieherischen Arbeit nicht nur der beherrschende Brennpunkt des deutschen Geistes-

lebens im nördlichen Osten ist, sondern auch eine Kraftquelle deutschen Lebensuntergangs unter den Völkern des Orients darstellt.

Die bedeutungspolitische Bedeutung dieser Maßnahmen liegt auf den Handen. Ostpreußen wird nicht mehr, wie bisher, gewannen sein, den größeren Teil seines Bevölkerungsnachwuchses „ans Reich“ abzugeben. Es wird in die Lage versetzt werden, den nachgeborenen Bauernsöhnen selbst Brot und Arbeit zu geben. Es wird darüber hinaus imstande sein, Arbeitskräfte „aus dem Reich“ heranzuziehen und sie in seinen ländlichen Bezirken als Industriearbeiter mit eigenem kleinen Landbesitz bodenständig zu machen. Für die bauerlichen Betriebe werden durch die Schaffung länderschäfer Abhängigkeiten in Gestalt der Industriebediengungen geschaftet. Damit werden dann auch der landwirtschaftlichen Siedlung günstigere Daseinsvoraussetzungen geboten. Ostpreußen darf heute mit 61 Menschen auf den Quadratkilometer zu dem am dünnsten besiedelten deutschen Provinzen. Mit landwirtschaftlicher Siedlung allein läßt sich selbst bei Aufteilung aller großen Güter diese geringe Bevölkerungsdichte nur mit einer Doppelhundertstel erthoben. Die Ostpreußische Landwirtschaftsstadt berechnete 1931, daß für Realisationszwecke noch 1000 144 000 Hektar benötigt werden für die Bevölkerungsleistung von 3200 Hektar pro Bergungsraum; damit kann also nur rund 10 000 Realisationszwecke erreicht werden. Selbst bei Aufteilung aller vorhandenen Güter über 100 Hektar würden lediglich 51 000 Städte geflossen werden können. Eine Bevölkerungsstadt, deren Ziel eine einzige große Verwaltung der Zahl der Einwohner ist, kann sich nicht allein auf die landwirtschaftliche Siedlung beziehen. Sol die Provinz die in ihr geborenen Menschen behalten und darüber hinaus auch noch in größerer Zahl „aus dem Reich“ Menschen an sich heranziehen können, dann ist das nur durch die Schaffung industrieller Arbeitsmöglichkeiten erreichbar. Bauern- und Industriebedienstet müssen nebeneinander entstehen.

Nicht weniger ist die wirtschaftspolitische Bedeutung der Industrieralisierung für die ostpreußische Regierung. Das wichtigste ist Schon jetzt Deutschlands und vor allem auch dem Westen der Reichs verlustig. Die bauerliche Siedlung kann nur soviel dank man sich in Reichs“ daraus gewohnen, das deutsche Wirtschaftsleben in seiner Gesamtheit vom Westen her zu befreien und zu lassen, eine Handelspolitik zu betreiben, die in erster Linie den übermächtigen Interessen des Westens entspricht, und den Osten, vor allem den industriellen Nordosten, mehr oder weniger als ein bloßes Objekt des deutschen Wirtschafts- und Handelspolitik zu bemerkten. Jetzt soll auch das Agrargebiet Ostpreußens als industrieller Produzent sein eigenes Schwerpunkt erholen. Es soll nicht nur instand gebracht werden, seine eigenen Bedürfnisse an bestimmten Industrieproduktions zu decken. Sonder es soll auch so stark mit industriellen Anlagen durchsetzt werden, daß es auf dem Weltmarkt des Reiches als Exporteur auftreten und auch als industrieller Exporteur in den agrarischen Nachbarländern auftreten kann. Das Königberger Ostsieger, die sich schon seit langem als wirtschaftliches Bindeglied zu den baltischen Staaten und der Sonnenstiege bewährt, werden hier neue Aufgaben erwältigen. Ostpreußen wird für den gesamten Nordosten Europas eine erhöhte wirtschaftliche Bedeutung gewinnen.

Hierin vor allem liegt auch die außenpolitische Bedeutung einer Industrialisierung Ostpreußens. Es ist ein politischer Vorposten des Reiches und kann als solcher um so stärker nach außen wirken, je gesünder seine Wirtschaft darstellt, je volkstümlicher es ist und je gesegelter und aktiver es als kulturelles „Antriebsrad“ des Deutschen auftritt. Auch die politischen „Antriebsräder“ auf die Provinz werden, wenn deren Wirtschaft erweitert und deren Volksgeschäft steigt, in wesentlich anderem Lichte erscheinen. Die politische Propaganda wird sich nach anderen Argumenten richten müssen, wenn sie einmal wird feststellen müssen, daß ihre Behauptungen von der „natürlichen Entwicklung“ Ostpreußens (vor der übrigens niemals die Rede sein konnte) und von der „naturnotwendigen Verarmung“ der Provinz wie übrigens niemals „notumnotwendig“, sondern eine Folge des Verfolger-Diktates und einer verfehlten Wirtschaftspolitik der früheren Berliner Regierungen war, also sehr den Glauben wider sprechen. Das Polen wird die Industrialisierung Ostpreußens nicht nur deshalb unmissverständlich hinstellen, weil ihnen das Königberger mit falschen Argumenten eröffnet, sondern weil sie darin eine Machtprobe erüben, die ihr wohl geeignet ist, ihnen ihre baltischen Nachbarländer gründlich zu verderben. Von ihrem Bauern aus gehen, ist eine Industrialisierung Ostpreußens eine wirtschaftspolitische Machtprobe am größten Raum. Es ist notwendig, daß man die Maßnahmen der Reichsregierung auch in Deutschland unter diesem Gesichtspunkt bewertet. Es handelt sich zunächst darum, man seine Wirtschaft auf einer breiteren, eine agrarisch-industrielle Basis stellt. Diese Hilfs-, die eine Ehrenschuld des Reiches gegenüber Ostpreußen ist, und mit der Adolf Hitler die Kreuze der Ostpreußen lobt, als solche aber nicht Selbstzweck. Sie ist nur eine Etappe, allerdings eine sehr wesentliche Etappe auf dem Wege der nationalsozialistischen Politik, deren oberstes Gege es ist, Lebensraum für das deutsche Volk und Auswanderungsmöglichkeiten für die deutsche Politik nach Osten zu schaffen.

(Fortsetzung von Seite 286)

in selbstverständlicher Volkskameradschaft eine klare Unterscheidung zu machen willien zwischen den Gruppen, die heute den Kampf an bedrohten Fronten sind, und zwischen der binnendeutschen Heimat, die durch deren Widerstand gegen sie gehütet wird. Rechts ist Selbstverständlicher, als daß die strömende Flutung der Grenzgebiete für das gemeinsame Ganze zugleich erhöhte Leistungen des Ganzen für die Grenzgebiete bedingt. So wird auch in der bayerischen Orlamark die Ostküste des neugeworbenen Reiches nicht eine Politik der Subventionen sein, sondern eine symbole verantwortliche Förderung der eigenlebendigen Kräfte der Selbstbehauptung, denen das neue Reich die Möglichkeit geben wird, ihre ganze Kraft in den Dienst der Grenzschaffung zu hellen und die ihre Kräfte nun nicht mehr in der bangen Sorge zerplatzen müssen, ob das übrige Deutschland den gefährdeten Sinn ihres Kampfes verläßt und diesem Kampf durch den Einschöß älter Kräfte zum Siege verhilft.

Dr. Kurt Trampler, München.

Wirtschaftshilfe für den Osten.

Die Bewährungsprobe der nationalsozialistischen Revolution.

Die „Österreichische Zeitung“ schreibt über die geplante Industriellierung Ostpreußens u. a. folgendes:

„Ostpreußen ist heute wieder heiliges Land. Ostpreußen führt heute — wie einst Schwaben — das Deutsche Reiches Sturmtriebschiff. Und Ostpreußen wird jetzt dabei wieder der Jungbrunnen deutscher Volkskraft werden... Zehnhundert Jahre hat das deutsche Volk von dem Erbe der schwäbischen Ritterzeit geprägt. Jetzt wird Preußen aufs neue zu einem Sündenamt deutscher Volksmacht und Kultur im Osten werden. Die weitsichtigen Pläne, die jetzt gefestigt wurden, sollen nicht nur Menschen und Wirtschaftskräfte ins Land ziehen. Wie das Strohburg des Kaiserreiches auch gelangt auf der Wacht nach Westen lag, so soll Königsberg im Dritten Reich, nachdem sich das Volk wieder dem Osten wendet, Volkswerk und Brücke, Wehrer und Mitter zugleich werden. Die nationale Revolution will sich hier ihr Denkmal setzen. Sie hat ihr gigantisches Werk in Angriff genommen, dessen Vollendung ermöglicht wird durch die vorauswegenslose Hindogade und die unbedingte Diplomatie, die der Führer der deutschen Erhebung jetzt in seinen Reden forderte. Adolf Hitler hat der Revolution sein Gesetz gegeben. In seinem Geiste wird sich die entfesselte Kraft der Nation an den Wiederaufbau der „Leidensprovinz“ wenden — und hier auf dem Tannenberger Schießfeldboden die große Revolutionsprobe der Revolution ablegen.“ ... So wie Musolinis durch die Austrocknung des Pontinischen Sumpfs seinem Land mittan Frieden eine neue Provinz eroberte, so will auch Hitler neues Land schaffen mit dem Plane, die gegenwärtig wichtigste Provinz Deutschlands immer wieder lebensfähig zu machen. Es ist vielleicht von schicksalhafter Bedeutung, daß der Arbeitsfeldzug der nationalsozialistischen Revolution in seiner Tätigkeit noch so eng mit dem Kulturfeld der alten Ordensritter verbunden wird. Doch er darf wieder anknüpfen, wo die Ritter, wo die Könige aushörten.“

Ostpreußen als Verpflichtung.

Zum Sonnwendtag drohte die „Königsberger Allgemeine Zeitung“ unter der Überschrift „Ostpreußen als Verpflichtung“ ein Bekanntnis der Jugend zum ostpreußischen Grenzland; es heißt dort u. a.:

„Weil die Jugend so mittan im politischen Gelben lebt, und weil sie es bewußt mitgekämpft in ihrer ganzen Leidenschaft und ihrer ganzen Erlebensfähigkeit, trägt sie des Volkes Zukunft. Und in dem Maß, in dem sie sich denen bewußt wird, verkennt sie auch nicht die Aufgaben, die ihr gestellt sind. Wenn diese Jugend ist verantwortungsbewußt wie seltenen e vor dem. Und sie ist es doppelt in unserer Heimat, die fremde Manier umbrandet. Weil sie hier Aufgaben sieht und Verpflichtungen spürt. Und weil sie als ostpreußische Jugend, soll die Verantwortung des preußischen Werdens durch die Welt tragen als Verantwortung an die Zukunft.“

„Wer aber liegt jetzt ostpreußisch auf? Ostpreußen! Ist Grenzland? Das kommt nicht leicht zugestanden. Aufgabe — doch mir dieses innerwerten und erkennbar uns von uns gefordert wird. Pflicht! — so zu handeln, als hinge, wie nichts einmal hing, das Schloß der Nation von der Arbeit das einzeln ab.“

„Wir sind Grenzland. Und da haben wir jüngst die erste große Aufgabe unserer Jugend, die hier noch viel härter und gebietserheiter Erfüllung fordert, denn anderwärts, weil sie ein Wall ist zum Schutz des Deutstuhms: die Erziehung zur Heimat.“

Gerade eine Bewährung, die oft in der Geschichte ein hartes Geschick traf, hat es dabei doppelt empfunden, doch es nicht Schüßduellet ist und nicht schwärmerische Romantik, wenn der Deutsche heißen Herzens seiner Heimat gedenkt. Es ist die Kraftquelle seines Herzens, der Ort, der sein Sein bestimmt.“

Ostpreußen sei, es heißt eben Pflichten, um einen Deutschen zu sein. Die Triebkraft des unmittelbaren Handelns ist der nationale Gedanke, der uns zu dem Kampf um die deutsche Seele zwängt. Ein Volk ist um so stärker, je mehr Gedanken und Empfindungen in Herz und Kopf jeder lebendig sind, je mehr der gemeinsame Besitz gefühlt, das Gemeinsame erlebt wird. Die Grundlage wiederum dieses gemeinsamen Fühlens ist das Erlebnis der gemeinsamen Heimat.“

Arbeitsdienst in Danzig.

Durch Beschluss des Senats vom 4. Juli wurden Dipl.-Ing. Haag zum Senator bei dem Amt für Arbeitsbeschaffung und Regierungsbaumeister a. D. Gedies zum Oberregierungsrat für den freiwilligen Arbeitsdienst ernannt. Dipl.-Ing. Haag ist Mitbegründer und Vorsitzender der ingenieurtechnischen Abteilung der RSDA, die seit Jahren die Vorarbeiten für die kommenden Gebäude am Arbeitsbeschaffungsfeld und zur Verbesserung der Arbeitslosigkeit geleistet hat. Regierungsbaumeister a. D. Gedies ist der Begründer des nationalsozialistischen freiwilligen Arbeitsdienstes in Danzig, der ohne jede Hilfe und unter den schwierigsten Verhältnissen die Grundlage für die bestehenden Arbeitsgruppen geschaffen hat. Unter seiner Leitung konnte bereits vor einigen Wochen eine Arbeitsdienstschule im Joppot eröffnet werden, in der die Jäger für den Arbeitsdienst ausgebildet werden.“

Bodenkartierung des Ostens.

Die Bemühungen des Reichsministers Serings, durch eine umfassende Bodenkartierung wichtige Grundlagen einer großzügigen Siedlungs- und Wirtschaftsplanung des deutschen Ostens herzustellen, sind jetzt endlich von Erfolg gekrönt. Schon im vorigen Jahr ist es möglich gewesen, daß den ganzen Komplex Hinterpommern kartographisch — nach dem Verfahren von Professor Stromme-Danzig — aufzunehmen. Es handelt sich bei diesem Verfahren nicht nur um einfache geologische Aufnahmen, wie sie bisher üblich waren, sondern um die gleichzeitige Bestellung des Bodenzustandes, wie er durch Klima, Bödenverhältnisse, Pflanzenwuchs, menschliche Bearbeitung usw. verursacht worden ist. Im Zusammenhang mit diesen bodenökonomischen Aufnahmen werden dann weiterhin Erhebungen über die Bevölkerungsentwicklung, die Verkehrsgestaltung und die allgemeinen Veränderungen im Bestand der Wirtschaft gemacht. Solche Kartierungen sind in Hinterpommern sowohl für einfache Güter wie für ganze Landwirtschaftsbereiche fertiggestellt worden. Da sich sie als außerordentlich brauchbar erwiesen haben, will man sie nunmehr für ganz Ostpreußen vornehmen. Reich und Staat stellen der Geologischen Bundesanstalt zur Durchführung die notwendigen Mittel zur Verfügung. Die Bundesanstalt wird in Verbindung mit Siedlungsbank, der Gesellschaft für Förderung der inneren Kolonisation, Reichsstelle für Siedlerberatung und anderen Stellen arbeiten. Noch in diesem Jahr sollen die Aufnahmen für Pommeren, Brandenburg und Niedersachsen begonnen und fertiggestellt werden. Aus Hinterpommern wird auf Grund besonderer Berechnungen zum Teil schon in diesem Jahr bearbeitet. Die Weiterbearbeitung des Restes Ostpreußens soll dann im kommenden Jahre erfolgen. — Der Wert dieser Aktion muß sehr hoch eingeschätzt werden. Bei der Aktivierung der Siedlung müssen die gesuchten Boden- und Wirtschaftsverhältnisse müssen doch als Hintergrund genau bekannt sein.“

Vier Autofernstraßen im Osten.

Ebenso rasch wie der Beifluss zum Ausbau eines großzügigen Fernverkehrstrahmens im Reichskabinett gefordert worden ist, ist auch die Arbeit an der Durchführung dieses Programms in Angriff genommen worden. Dieser Tage haben die Bauarbeiten begonnen, und zwar wird zuerst das Teilstück Frankfurt-Höchstädt bis zur Görlitzer Straße dieser Art Hamburg-Frankfurt-Böhlen in Angriff genommen. Zugleich mit dem Beginn dieser Teilstraße wird die Arbeit aufgenommen, um die Planung für das ganze Netz zu überprüfen. Die Pläne für die weitere Einheit soll sich um eine zweite Nord-Süd-Linie, zwei Ost-West-Linien und eine Diagonale von Nordosten nach Südosten handeln. Diese noch nicht fertiggestellte, doch schon nähere Angaben darüber gemacht werden könnten. Vermutlich wird die zweite Nord-Süd-Linie folgende Städte durchziehen: Cölln — Königsberg — Danzig — Stettin — Berlin — Leipzig — Posen — Hof — Rüthenberg — Augsburg — München. Von den beiden West-Ost-Linien ist die eine wie folgt geplant: Aachen — Köln — Hannover — Magdeburg — Berlin — zwischen Bückeburg und Frankfurt hindurch an die polnische Grenze; und die zweite: Saarbrücken — Mainz — Frankfurt — Weimar — Erfurt — Leipzig — Dresden — Liegnitz — Breslau — Beuthen. Die Diagonale von Nordwesten nach Süden soll verlaufen: Homburg — Wittenerberg — Berlin — Guben — Słogosz — Breslau.

Wohl selten ist ein so großzügiger und kühner Plan ohne viel Geduld von einer Regierung während ihres Bestehens erarbeitet worden. Die Auswirkungen dieser Regierungsschlüsse sind von ungeheurer Tragweite und gesamte gesellschaftliche Entwicklung werden sie als Grundlage gestellt. Mit besonderer Genugtuung muß festgestellt werden, daß von den vorgesehenen fünf Linien nicht weniger als vier den deutschen Osten durchziehen, und zwar zwei Schlesien und je eine die mittlere Ostmark und den Nordosten. Dort legt sich jedoch der Korridor als Sperrriegel in die geöffnete Strecke.“

*

Ostpreußen kein Bundesstaat!

Ministerpräsident Göring erklärte am 8. Juli, daß entgegen umfangreichen Gerüchten niemals beobachtigt werden sollte, daß Ostpreußen zu einem besondern Bundesstaat zu erklären. Er sage dies im ausdrücklichen Einverständnis mit dem Reichskanzler. Verbreiter derartige Behauptungen, daß eine solche Lösung angestrebt würde, würden der Staatsaufsicht zur Kenntnis gebracht.“

**Bis zum
20. Juli**

müssen Beauftragungen auf unter „Ostland“ für August/September aufzugeben werden. — Bei später erfolgenden Beauftragungen ist eine Sondergebühr von 20 Pf. zu zahlen. Der Beugspr. für 2 Monate beträgt 1,00 M. (ohne Zuflistungsges.)

Verhandlungen Danzig – Polen.

Mit dem Staatsbesuch des Senatspräsidenten Dr. Rauchhauer ist das Danziger Problem mit einem Pünktchen euröpäischer Verständigungsmöglichkeiten geworden. Gestingt eine Verständigung hier, wo eine nationalsozialistische Regierung am Ruder ist, die, wenn es sich um völkische Lebensrechte und wirtschaftliche Volksnotwendigkeiten handelt, keine schwächliche Gnädigkeit kennt, dann ist damit der Weg zu einer Verständigung auch im größeren Rahmen gewiesen. Das gibt den Verhandlungen, für die Dr. Rauchhauer mit seinem Wunschweiter Besuchte den Weg gegeben hat, ihre europäische Bedeutung.

Noch bevor über Art und Umgang der bevorstehenden Verhandlungen etwas Sichereres geagt werden konnte, glaubte die „Gazeta Polska“ mitteilen zu können, daß von Danzig Seite drei grundföhliche Forderungen aufgestellt werden würden: Die Anerkennung der staatlichen, die Sicherung der nationalkulturellen und die Gewährleistung der wirtschaftlichen Selbstständigkeit des Kreis Stadt. Was die staatliche Selbstständigkeit anlangt, stellte die „Gazeta Polska“ fest, so sei diese von Polen jetzt „innerhalb bestehender Grenzen anerkannt“ worden, in denen sie durch die verpflichtenden Verträge und Abkommen festgelegt wurde. Das sei nichts besagt; denn eben über die in den Verträgen und Abkommen festgelegten Grenzen hat es seit dem Bestehen der Kreis Stadt wiederholt sehr schwierige Meinungsverschiedenheiten gegeben. Die Warschauer Regierung hat immer wieder versucht, die Grenzen der staatlichen Selbstständigkeit Danzigs praktisch enger zu ziehen, als es noch Aussicht nicht nur Danzigs, sondern auch der Völkerbundsstädte rechtlich zuläßt ist. Die Warschauer Regierung ist sogar noch weiter gegangen; sie hat mehr als einmal auch den Versuch unternommen, die Eigenstaatlichkeit Danzigs schlechtin in Frage zu stellen. Es ist also durchaus nicht so überflüssig, daß aus den bevorstehenden Verhandlungen auch über die staatsrechtliche Stellung der Kreis Stadt zu unterhalten; und es überdrückt vollkommen den Gedanken, wenn die „Gazeta Polska“ behauptet, daß in dieser Frage zwischen Danzig und Polen keine Meinungsverschiedenheiten beständen.

Auch der erwartete Fortschritt nach Sicherung der nationalkulturellen Selbstständigkeit der Kreis Stadt glaubt die „Gazeta Polska“ von vornherein mit der kleinen Behauptung begonnen zu müssen, daß hier ebenfalls „keine größeren Schwierigkeiten“ beständen. Denn die polnische Nation habe niemals, weder zur Zeit des altpolnischen Reiches, noch nach dem Verlust ihrer staatlichen Selbstständigkeit und am wenigsten noch der Wiederaufrichtung ihres eigenen Staates, den Wunsch gehabt und den Versuch unternommen, den nichtpolnischen Bevölkerungsteilen ihre völkische Eigentum freistig zu machen. Weder die polnische Nation, noch irgendwelche der polnischen Regierungen hätten jemals die Polonisierung der Danziger Deutschen erachtet; und sie habt die bestmöglichsten, das auch in Zukunft nicht zu tun. Das hört sich sehr fridetlig an. Die Ostländer aber sprechen nur offiziell deutlich eine andere Sprache, als daß herarctia unverbindliche Vertheilungen und erlogene Behauptungen die Danziger Regierung veranlassen könnten, bei den bevorstehenden Verhandlungen von einer Diskussion dieser Fragen Abstand zu nehmen.

Am heikelsten erscheint der „Gazeta Polska“ der dritte Fragenkomplex, die von Danzig geforderte Gewährleistung seiner wirtschaftlichen Selbstständigkeit. Hier stellt das Warschauer Regierungsblatt kurzerhand fest, daß moder der Friedensvertrag noch die Pariser Konvention Danzig ein Recht auf wirtschaftliche Selbstständigkeit verkannt hätten, weil der Zweck der durch diese Erklaute geflossenen Kreis Stadt der war, den wirtschaftlichen Bedürfnissen Polens zu dienen und nicht eine eigene Wirtschaftspolitik zu betreiben. Lediglich durch die Warschauer Konvention sei Danzig „eine beschränkte Autonomie auf einigen Gebieten des Wirtschaftsfeldes“ verkannt worden, wonach der Herauslösung ausgedehnt, doch man der Kreis Stadt die Möglichkeit geben müsse, sich almindest an die durch den Friedensvertrag geänderten wirtschaftlichen Bedingungen anzupassen. Das offizielle Warschauer Regierungsblatt macht also der Kreis Stadt gründlich das Recht auf wirtschaftliche Eigenständigkeit streitig und stellt sich auf den Standpunkt, daß allen etwa vorhandenen Berechtigungen Danzigs nur der Charakter von Übergangsbestimmungen zuskomme. Das ist jedoch, weder die Ablösung der Schöpfer des Beschlusses des Diktates gewesen, noch entspricht das dem Sinn der geltenden Verträge. Es trifft zu, daß Danzig weitestgehende Verbesserungen seines wirtschaftlichen Eigenlebens zu bringen scheint, die gegen Polen gegenüber gestellt werden sind. Dienen Verbesserungen stehen jedoch bestimmt Rechte gegenüber, die Danzig Polen gegenüber geltend zu machen vermag. Danzig vertritt den ganz lebensförderlichen Standpunkt, wonach Polen die Rechte Danzigs nicht obhettet, es auch kein Recht mehr haben kann, von Danzig die weitere Beibehaltung der ihm unterlegten Verbesserungen zu dulden. Wenn die „Gazeta Polska“ gleich feststellen zu müssen, daß die wirtschaftliche Autonomie nicht im Interesse der Danziger Bevölkerung liegt, so ist man wohl zu der Erstegnung bereit, daß die Danziger wohl stift am besten mögen müssen, was in ihrem Interesse liegt, und daß sie die Ratshöfe des polnischen Regierungsorgans in dieser Angelegenheit gut und gern entheben können. Die Danziger sind — und daran haben sie niemals einen Zweifel aufkommen lassen — der Meinung,

dass die politische Bildungspolitik den geltenden Verträgen widerpricht, daß die politische Pfeilstellungspolitik gegenüber der Einführung Danziger Ereignisse in polnisches Gebiet — mit welchen Vorwänden diese Politik auch immer begründet werden mög — einen Bruch der bestehenden Verträge darstellt. Und diese Haltung der Danziger hat die Bestätigung der Völkerbundsinstanzen und neutraler Sachverständigen ausgeschüttet gefunden. Es kann nicht deutlich genug betont werden, daß die Polen, nachdem sie Danzig gebaut und die Zollunion praktisch zum einseitigen Recht Danzigs aufgehoben haben, keinerlei Recht mehr haben, Forderungen an Danzig zu stellen.

Die Forderungen des Warschauer Regierungsblattes, das bestehende fachliche Sogenannte in den Fragen der staatlichen Selbstständigkeit und der nationalkulturellen Unabhängigkeit Danzigs einfach wegzulegen und auf wirtschaftlichem Gebiete Danzig eben Recht auf eigene Aktivität freiwillig zu machen, sind ein wenig ermütigender Auftrag zu dem von Danzig angebotenen Generalvereinigung des Verhältnisses zu Polen. Je mehr man nach dem Sinn und der Absicht der Ausführungen der „Gazeta Polska“ forst, um so mehr verstärkt sich der Eindruck, daß die von Danzig ausgewendeten Bemühungen um direkte Verhandlungen der polnischen Regierung höchst unzureichend sind. Denn jetzt heißt es: Farbe kennzeichnen und das ist den Leuten, die gern im Grünen stehen, noch niemals angenehm gewesen.

Am 6. Juli stattete der diplomatische Vertreter Polens in Danzig, Dr. Popes, dem Senatspräsidenten Dr. Rauchhauer einen Brief aus, um die Aufnahme der Verhandlungen vorbereiten. Beide schlossen am 7. Juli einen aus je zwei Vertretern bestehenden und Polens bestehenden Austausch, zusammen mit dem Programm der ersten Sitzung zu beobachtenden Meinungsverschiedenheiten festzulegen hatte. Diese Besprechungen wurden am 12. Juli abgeschlossen. Über das Ergebnis wurde amtlich mitgeteilt, daß folgendes Verhandlungsprogramm vereinbart worden ist: 1. Die Rechte der polnischen Bevölkerung aus dem Artikel 33 des Dorler Vertrages; 2. Ausnutzung des Danziger Hafens durch Polen; 3. Wirtschaftsfragen; 4. Steuerfragen; 5. verschiedene Fragen, die mit der Führung der aussätzigen Angelegenheiten Danzigs durch Polen zusammenhängen; 6. Haftenausschluß — Streitfragen. Sämtliche Angelegenheiten sollen jetzt sechs verschiedene Kommissionen gebildet werden.

Polen baut Ozean-Dampfer.

Polen hat beschlossen, zwei Ozeandampfer für den Transatlantikerverkehr und drei kleinere Dampfer für den Verkehr mit europäischen Häfen bauen zu lassen. Angebote für den Bau dieser fünf Schiffe sind von italienischen, holländischen, englischen und dänischen Werften eingereicht worden. Aus der polnischen Mitteilung ist nicht ersichtlich, aus welchen Gründen die Danziger Werft in dieser Ausschreibung nicht zugelassen wurde.

*

375 Jahre Städtisches Gymnasium zu Danzig.

Im Juni d. J. kommt das Städtische Gymnasium in Danzig auf sein 375jähriges Bestehen zurückzublicken. Diese alte Bildungsstätte ist mit dem kulturellen Aufstieg des deutschen Ostens bedeckt verbunden. Bis Beginn des 16. Jahrhunderts wies der deutsche Osten außer den östlichen Lateinschulen keine höheren Bildungsstätten auf. Die Geistesbewegung des Humanismus und der Reformation veranlaßte auch im Osten die Gründung neuer Schulen. Dabei wurde 1531 das Partikular zu Königsberg gegründet, das sich bald zur Landesschule entwickelte. Am 15. Juni 1550 weihte Danzig sein neues Gymnasium. Nach einigen Jahren fügte man der Schule eine Oberstufe an, die akademischen Lehrbetrieb aufwies. Sieben Professoren hielten Vorlesungen über Theologie, Philosophie, Rechtswissenschaften und Geschichte, Medizin und Physik, Mathematik, Rechenwissenschaften und Dichtkunst sowie orientalische Sprachen. Die Schule dieser Anzahl doloren die Rechte der okzidentalen Bürger und durften den Deogen tragen. 1550 bislang war dieses Gymnasium an alle Akademien gleichzeitig präsent. 1551 bis 1570 studierten an Schlesien und an der Oder-Randgebieten studierten hier neben den Söhnen der deutschen Städte des Weichselgebietes. Nach Besuch des Danziger Gymnasiums gewannen wenige Semester an reichsdeutschen Universitäten zum Abschluß des Studiums. Dieser wird nur aus praktischen Gründen in den Herbst verlegt.

4000 Jahre bezeugen Danzigs Deutschum.

Der Westpreußische Verlag in Danzig legt hier ein Buch vor, in dem der Verfasser Franz Steffen die volksmäßige, geschichtliche und kulturelle Verbundenheit Danzigs mit Deutschland von den vorge schichtlichen Zeiten bis zur Gegenwart darlegt. Auf wissenschaftlicher Grundlage wird in verständlicher Sprache die Unverzerrtheit seiner Beziehungen klar gestellt. Alles in Danzig spricht für sein Deutschum, und so ist das reichsbedeutsame, mit Dokumenten aller Art ausgestattete Werk eine Waffe im Kampf für das Ziel, das die „Stadt“ endlich zum Mutterland zurückkehrt und dadurch ihre wirkliche Freiheit wiedergewinnt.

Dr. C.

Die baltischen Staaten.

Estland.

Die gesamte Innenpolitik der letzten Zeit steht in Estland im Zeichen der Niederlage des Systems beim Volksaufstand vom 14. Juni. Der Krieg der starken Fronten ist zu Ende, die Dinge sind in Fluss geraten, und man wird gut tun, auf allerhand Überzeugungen gefasst zu sein. Der außerkarne Beobachter kann eine ganze Reihe von Kennzeichen feststellen, die dieser Aufzähllung der Lage recht geben. In der Partei der Altlandwirte, die seit der neuzeitlichen Spaltung der erst vor Jahresende mühsam zusammengekommenen großen Agrarpartei der Altbauern und Neusiedler wiederum ihre eigenen Wege geht, sieht es noch daran aus, als ob eine Musterung in Richtung auf die Freiheitskämpfer vor sich ginge. Die Erklärungen, die man in der letzten Zeit aus den Reihen der Altlandwirte zu hören bekommt, klingen allerdings — wohl mit Absicht auf die eing. Systemparteivereinigung der eigentlich Bergmannschaft — sehr gewunden, plielen im Grunde nur darauf ab, eine Verfolgungsmauer zu errichten, die jenseit der „jewor, Werk und Staat“ nicht mehr gelehrt werden darf. Das Volk der Eltern und die Hoffnung auf die Zukunft der Nation wieder loslässt. Auch in der ethnischen Studentenschaft, die in ihrem Nationalismus von jeder Stütze radikal gespalten ist, macht sich eine Säurung bemerkbar, an der die Systemparteierung keine Steude haben dürfte. Der Verband der ethnischen Studentischen Korporationen das nämlich überzuschreitende, schlossen, an einem ja schon des Staatszweckes geplanten Sakralsitz der Dortpater und Repater Studentenschaft nicht teilnehmen. Besonders interessant ist, daß die Altherrenorganisationen der studentischen Korporationen, deren Mitglieder nüchtern doch Staatsstillegungen einnehmen, diesen Beschluss ausdrücklich gebilligt haben. Der Fackelzug fand statt, indem sie ohne Beteiligung der Korporationen. Eine wie große Bedeutung in Regierungskreisen diesem Ereignis beigegeben wird, erhebt darum, daß Außenminister Pilp, wie verlautet, noch in letzter Stunde den Verlust gemacht hat, die Verbandsleitung der Korporationen zu einer Änderung ihres Beschlusses zu veranlassen. Gestoppt zu werden verdient ferner, daß die Gerüchte um Konstantin Päts, einem der ausfließendsten Anwälte auf den neu zu schaffenden Posten eines Staatspräsidenten, nicht verharmlosen wollen. Es heißt, er habe Verbindungen mit den Freiheitskämpfern anzuknüpfen. Auch ist allgemein bemerkt worden, daß Päts eslets verhindern darf, sich in der Öffentlichkeit auf den Verfassungsgändereigungsantrag der Systemparteien einzuladen. Die Rundfunkrede für die Verfassungsänderung, die er halten sollte, hat er nie gehalten.

Die politischen Parteien des Systems und deren Presse, die durch den völlig unvermerten Ausgang des Volksentscheides vom 14. Juni die Säufung verloren und in Verwirrung geraten waren, sangen nun mehr an, sich zu definieren und den Abwehrkampf gegen die Erneuerungsbewegung wieder aufzunehmen. In den ersten Tagen nach dem Volksentscheid konnte man in den Spalten der Systempresse lesen, es wäre der Stunde, einen Parlamentsbeschluß über Selbstbehauptung herbeizuführen, da die gegenwärtige Zusammensetzung der Staatsversammlung der Stimmung der Wählermassen in keiner

Weise mehr entspreche. Heute sind solche Ausserungen beginnend der besetzten Einheit wieder verflucht. Auf der ganzen Linie der Systemblätter ist sie erhabter Friede und Soldug gegen die Freiheitskämpfer eingefest. Dieser Schlag wird sehr gefürchtet, indem das zeitliche Zusammenfallen des unumstößlichen der Freiheitskämpferfestes mit dem mit der Machtergreifung durch Adolf Hitler in Deutschland dazu bewußt wird, um eine enge Verbindung zwischen deutschen Nationalsozialistinnen und ähnlicher Erneuerungsbewegung zu konstruieren, eine Verbindung, die selbstverständlich tatsächlich nie bestanden hat. Die Systempresse ruft hierbei mit der hinsichtlichen Absegnung weiter ethnischer Kräfte gegen das Deutschtum und der Durchsetzung dieser Kräfte vor einer angeblichen deutschen Gefahr für das Estentum. Sie hofft, die Freiheitskämpfer auf diese Weise in den Augen des ethnischen Volkes ein für allemal unmöglich zu machen. Um diese Gedankenwerke zu stützen, wird das gesamte deutsche Schrifttum, insbesondere natürlich nationalsozialistische Schriften, nach Auswertungen durchlaufen, die den sogenannten deutschen „Drang nach Osten“ belegen sollen. Unter diesem Drang nach Osten will die ethnische Heppreise nicht etwa eine deutsche Politik friedlicher politischer und wirtschaftlicher Ausweitung an die nordosteuropäischen Staaten unter sozialistischer Achtung der Lebensrechte ihrer Völker verstanden wissen, wie sie tatsächlich von nationalsozialistischen Politikern angestrebt wird, sondern das angebliche Ziel des neuen Deutschland, innerhalb der politischen Grenzen des Reiches alles zu vereinen, was deutscher Abstammung ist, also auch die baltischen Staaten und Völker in ein künftiges Großdeutschland einzubeziehen.

Angesichts dieser Hesse kann nicht oft genug auf die für jegliche nationalsozialistische Politik einzig und allein möglichen Ausführungen Adolf Hitlers in seiner großen augenpolnischen Reichstagrede hingewiesen werden. Mit aller nur wünschenswerten Deutlichkeit und klarer Vorstellung hier erklärt, daß der Nationalsozialismus nicht darum kommt, andere Völker zu germanisieren. Grade die sonstigen Völke zum eigenen Volke macht es Nationalsozialistinnen unmöglich, andere eben so ehrliche Nationen zu knechten und in ihren Rechten zu beeinträchtigen. R. G.

Lettland.

Der Führer der deutschen Fraktion im lettändischen Parlament, Dr. Paul Schiemann, ist von seinem Posten als Chefredakteur der „Rigaer Rundschau“, der führenden deutschen Tageszeitung Lettlands, zurückgetreten. Dr. Schiemann, der sich seit dem Frühjahr krankheitsbedingt im Auslande aufhielt, über 25 Jahre die „Rigaer Rundschau“ als Chefredakteur geleitet. Seine Tätigkeit als Führer der deutschen Fraktion im Parlament beobachtigt Dr. Schiemann im Herbst wieder aufzunehmen. Die Leitung der „Rigaer Rundschau“ hat Baron Ferdinand von Uexküll, der bisherige Chefredakteur der in Wien erscheinenden deutschen Minderheitenzeitchrift „Nation und Staat“, übernommen.

On der nächsten Seite des „Ostland“ werden wir einen längeren Artikel über die Auswirkungen des Nationalsozialismus auf das baltische Deutschtum veröffentlichen.)

„Reservearmeen“ in Polen und der Tschechei.

Unter französischer Einfluß und nach französischem Muster ist die militärische Jugendausbildung in Polen und in der Tschechoslowakei organisiert. In Polen liegt die vormilitärische Ausbildung in Händen des „Staatsamtes für körperliche Erziehung und militärische Vorbereitung“, das dem Kriegsminister untersteht und entsprechend den Corps-, Division- und Regimentsbezirken gegliedert ist. Die „militärische Vorbereitung“ hat die Aufgabe, die noch nicht waffentauglichen Polen für den Herbstfeldzug vorbereiten und die überwiegend ländlichen Tauglichen (Tschechische) im Waffen-dienst zu üben. Träger der Ausbildung ist das aktive Regiment, das Offiziere und Unteroffiziere als Lehrpersonal und Waffen zur Verfügung stellt. Division und Armeekommandos haben Aufsichtsrechte. Die Ausbildung findet u. o. in Sommerlagern in 6 bis 8-wöchigen Kursen und häufig zusammen mit der aktiven Truppe statt. Sie ist freiwillig; die Freiwilligkeit ist aber weitgehend durchbrochen, wie wird auch dadurch nachgeholfen, daß die Teilnehmer Erfolgsleistungen für ihre Militärdienstzeit erhalten. Im Jahre 1931/32 gab der Staat 8 Mill. Zlotys für die „militärische Vorbereitung“ aus.

Mit der Ausbildung außerhalb der Armee befassen sich:

1. Der Schülerverband, die weitauß größte, staatlich anerkannte Organisation zur militärischen Ausbildung außerhalb des Heeres. Er umfaßt etwa 300 000 Mitglieder, die uniformiert, stets militärisch organisiert und ebenso modern wie offenstet sind wie die Armee. Durch Verordnung des Kriegsministers vom September 1932 erhält der Schülerverband den Charakter einer offiziellen Miliz als Bestandteil der politischen Wehrmacht. Der Verteilung des Verbandes erhält offiziell den Grad eines Brigadegenerals und wurde in das Kriegsministerium aufgenommen. Ihnen Seite steht ein Stab aktiver Offiziere. Die örtlichen Verflechtungen der Arme (Generalkommandos) haben Besprechungsrecht über den Teil des Schülerverbandes ihres Bezirks. Bemühung beim Schülerverband wird auf die Militärdienstzeit angerechnet.

2. Die Föderation der oberländlichen Verbände der polnischen Legion ehemaliger Soldaten. Sie umfaßt 31 Militärbezirke mit etwa 500 000 Mitgliedern. Ihr Ziel ist, in jeder Wojewodschaft ein eigenes Infanterie- und eigene Kavallerie aufzustellen.

Der Sokol umfaßt etwa 120 000 Mitglieder, die unter Leitung aktiver Offiziere an der Waffe ausgebildet werden. Der Sokol wird vom Staat großzügig finanziert.

3. Die großpolnische Legion besteht aus Aufständischen-verbänden und Traditionskörpern der Waffenpolninen.

Der der Tschechoslowakei findet die vormilitärische Ausbildung gleichzeitig mit der Ausbildung außerhalb der Arme in Verbänden u. o. statt.

1. Der Sokol umfaßt in mehreren tausend Vereinen etwa 600 000 Mitglieder. Diese werden mit der Waffe unter Leitung aktiver Offiziere und Unteroffiziere regelmäßig ausgebildet. Die Ausbildung findet mit Gewehr, Maschinengewehr, im Bajonet-fechten u. o. statt.

2. Der Schützenverband verfolgt dieselben Ziele wie der gleichnamige polnische Verband; er hat ein ausgesprochen militärisches Ausbildungsprogramm und betreibt Schießen, Feldziehen, Waffen-kunst usw., in enger Verbindung mit der Armee. Er hat etwa 150 000 Mitglieder.

3. Der Orel betreibt obligatorische Wehrvorbereitung seiner etwa 125 000 Mitglieder.

4. Die tschechische Nationalgarde ist uniformiert und bewaffnet. Sie betreibt völlig militärische Ausbildung unter Leitung aktiver Offiziere und Unteroffiziere und in gemeinsamen Übungen mit der aktiven Truppe. Etwa 15 000 Mitglieder.

5. Die Majorey-Sjugligy, die etwa 100 000 Mitglieder umfaßt, ist die größte private Jagdorganisation und steht in enger Verbindung mit der Armee. Ihr Vorsitzender ist ein aktiver General.

Der Kampf um Österreich.

"Seit 15 Jahren geht das Ringen um Österreich

ischen, deutschem Blut und französischem Gold", heißt es in einem Aufruf der österreichischen Landesleitung der ASDAP, "die Österreichische Front ist nichts anderes als die österreichische Ausgabe jenes Volks- und landesverteidigerischen, Separatismus, der in den Jahren 1919—1923 unter dem Stab französischer Bajonetts und begleitet von französischem Gold das Rheinland vergemahlt und ihm eine besondere deutsche Mission zufüghen wollte." Weiter heißt es in diesem Aufruf: "Die Regierung Vollsbüch hat unter Bruch von Recht und Gesetz unseren Rebellen verbündet, in Verhandlungen und Rundgesprächen zu Habsburg und Taurunden zu sprechen. Darum muss nun jeder einzelne in jedem ihm zugänglichen Kreis, an jedem Ort und zu jeder Zeit für die Bewegung werben und wirken, um soviel wie möglich das ganze Volk mit einzuführen. Das ist die Pflicht eines Bürgers. Die Regierung Vollsbüch ist ein Proletarier und muss daher und mußt damit gehorchen. Darum seien wir doch Ihr alles das, was Ihr am Erfolg dieser erhebt und was Euch jüngst gemacht wird, in Waffen meiste verbreitet von Hand zu Hand, von Mann zu Mann und von Haus zu Haus. Die Regierung Vollsbüch hat uns das Erbogen unserer Abreihen verboten. Darum geben ihr und bringt das Hakenkreuz an auf Mauern und Bändern, an Felsen und Bäumen und wo immer Ihr eine Möglichkeit dazu habt."

"Das ganze Österreich, die ganze Welt soll es Leben und soll es erforschen, der das Nationalsozialismus in Österreich lebt und „untriv“ ^{seinen} „Anschluss“ vor „März“ ^{verhindern“},“¹⁹ „Werk“ ^{ist} „wert“, wert, die Kämpfer Adolf Hitler zu besiegen und müssten als Feige Schweißende erfreuen uns unserer Kameraden im Reich, die gleiche Verleumderung umgebracht und Siegesfahnen überstanden haben, wenn sie wir nicht stärker und mächtiger würden unter diesem Terror je wieder und ich nun nicht länger zu überwinden wüssten.“

Der Kampf, den die Regierung Dollfuss uns aufgezwungen hat, nehmen wir auf und werden ihn mit zügelloser Härte durchführen bis zum Siege. Mit uns gehen tausend Jahre deutscher Geschichte, hinter uns steht das ganze deutsche Volk, vor uns aber steht als Ziel die Befreiung Österreichs und die Gestaltung der deutschen Nation. Es lebe Adolf Hitler, es lebe Groß-Deutschland!

Die Bevölkerungsentwicklung der Ostprovinzen.

Das Deutsche Reich zählte bei der letzten Volkszählung der Vorkriegszeit (6. J. 1910) 67,8 Mill. Einwohner. Durch das Verfassler-Diktat verlor es fast 7 Mill. Menschen. Davon an Polen 3.855.000, an Litauen 141.200 und an die Tschechoslowakei 42.400 Menschen; an die Freie Stadt Danzig kommen 330.000 Menschen. Infolge dieser Verluste, zu denen noch die 2 Mill. Toten des Weltkrieges kommen, lag die Einwohnerzahl des Reiches im Jahre 1925 weit unter der Vorkriegsgröße: nur 62,6 Mill. (+ 770.000 Einwohner des Saargebietes), trotzdem weit über 1 Mill. Menschen aus den entzivilisierten Gebieten, aus den Kolonien und dem übrigen Auslande unter den Auswirkungen des Verfassler-Diktates gewonnen waren, ins Mutterland abgewandert. Auch heute ist die Vorkriegsgröße noch nicht wieder erreicht. Die Volkszählung vom 16. Juni hat 65,3 Mill. Einwohner gezeigt; auch wenn man die rund 830.000 Einwohner des Saargebietes hinzählt, bleibt die heutige Reichsbewohnerzahl noch um 1,7 Mill. hinter der Vorkriegsgröße zurück. Von 1925 bis 1933, also in einem Zeitraum von acht Jahren, ist die Einwohnerzahl des Deutschen Reiches (ohne Saargebiet) um rund 2,7 Mill. oder 4,3 v. H. gesunken, im Jahresdurchschnitt also um nur wenig mehr als ½ v. H. Das ist einschreckend niedrige Bevölkerungsvermehrung! Die Ostprovinzen weisen von 1925-33 folgende Entwicklung auf (ortsansiedelnde Bevölkerung):

ligen Bevölkerungspolitik wird ansprechen können. Die Seit der Verkünderung und des Tages in den Weltkriegen ist heute vorbei; Eine neue Seit der Rückkehr aufs Land und der Kolonialisierung des Ostens hat mit der Schaffung des nationalsozialistischen Staates begonnen. Heute möcht sich jeder dritte Deutsche in einer Großstadt, Heute ist die deutsche Geburtenkurve auf einem Siedlungsangstlang, der das physische Zukünft des deutschen Volkes in Frage stellt. Das ist das Ergebnis einer Epoche, die den inneren Zusammenhang mit dem Boden, dem Willen zum Kinde und den Glauben an die Volksgemeinschaft verloren hatte. Die Volkszählung vom 16. Juni d. J. wird, wenn ihre Ergebnisse veröffentlicht, mit erschütternd Deutlichkeit die Verwüstungen offenbaren, die die Epoche des Liberalismus und Individualismus im deutschen Volkskörper angerichtet hat. Sie wird andererseits der nationalsozialistischen Regierung die statthafte Grundlagen für den Neuaufbau des deutschen Volkskörpers liefern.

Ein polnisches Ortsnamenverzeichnis?

Prüfung	1925	1933	Zunahme
Gitarren	2 275 065	2 856 938	81 873 = 3,6 %
Banjos	2 615 132	2 147 520	-132 088 = -6,5 %
Böhmern	1 923 316	1 942 967	21 651 = 1,1 %
Geigen und P. L.	333 355	341 975	8 620 = 2,5 %
Blechblasen	3 158 993	3 237 241	78 248 = 2,5 %

Provinz	1925	1933	Jahresdurchs.
Oldenburg	2.675.969	2.560.488	2.618.733 = 8,6 v. b.
Bremen (ohne Berlin)	5.115.132	2.747.630	3.931.381 = 9,5 v. b.
Bremen	5.122.216	1.942.947	21.199.000 = 4,3 v. b.
Westfalen (ohne Bremen)	3.313.3 5	341.565	4.054 = 1.3 b. b.
Niedersachsen	1.583.983	3.237.241	78.835 = 2,5 b. b.
Ostwestfalen	1.972.540	1.419.000	106.470 = 7,8 b. b.
Freie Hansestadt Bremen	38.241.353	36.958.073	17.690.000 = 4,5 v. b.
Freie Hansestadt Bremen (ohne Bremen)	38.241.353	35.893.500	23.727.645 = 4,5 v. b.

Diese Aufstellung zeigt, daß bis auf Ober-Schlesien und Brandenburg die Bevölkerungszunahme der Ostprovinzen durchweg ganz erheblich unter dem preußischen und dem Reichsdurchschnitt liegt. Die Provinz Schlesien-Polen-Welschpreußen hat im Durchschnitt der letzten acht Jahre eine Zunahme von nur 556 Menschen auf 100000. Pommern nur eine Zunahme von 459, Osthessen von 10234. Wen den 2.7 Mill., die das Reich an Einwohnern zugemessen hat, entfallen auf die sechs Ostprovinzen nur 425 000 (= 15,5 v. H.). Da nun gerade die Ostprovinzen die verhältnismäßig höchste Geburtenstiffer aufweisen, löst sich aus diesen Zahlen ersehen, wie viele Menschen diese Provinzen durch Abwanderung verloren haben. Als Beispiel steht Ober-Schlesien da; es liegt mit 7,8 v. H. erheblich über dem Reichsdurchschnitt.

Die Bevölkerung vom 16. Juni d. J. fällt in eine Zeit, die man später einmal als den entscheidenden Wendepunkt der deut-

Aus dem Lande der „moralischen Sanierung“.

Deutsche werden überfallen.

Der deutsche katholische Männer-Verein Rattow, wie er veranstaltete am 3. Juli ein Gartentreffen. Bislang erhöhte der Sünder der Rattower Aufführung in bestechendem Maße in Begleitung mehrerer Aufständischer, die gleichfalls betrunken waren, im Garten. Die Einladung forderte die Teilnehmer auf, nur polnisch zu sprechen, daß sie möglicherweise den Garten verlassen müssten. Die Mitglieder des Männer-Vereins mußten mit ihren Angehörigen den Garten räumen. An eine Fortsetzung des Festes war natürlich nicht mehr zu denken.

In Eichenau wurde eine Gruppe von deutschen Sportsleuten, die von einer Johanneisei zurückkehrt, von Aufständischen überfallen. Mehrere Sportsleute wurden so schwer verprügelt, daß sie ärztliche Hilfe in Anspruch nehmen mußten. Nach diesem Überfall versammelten sich die Banditen vor dem Hause eines Deutschen im Dorfe, um ihr Unwesen fortzuführen. Ein ihmischen eingetretenes verstärktes Polizeiaufgebot mochte jedoch diesem Treiben ein Ende.

Deutsche Redakteure werden verurteilt.

Der verantwortliche Schriftsteller des „Oberhessischen Kuriers“, Krotzig, wurde vom polnischen Gericht in Königsberg gegen anhaltenden Vertrags mit militärischer Geheimnissatze auf einen Monat Haft und 550 Zloty Geldstrafe verurteilt. Es handelte sich darum, daß das Blatt eine Abwendung über die Sicherung der analytischen Banks an die polnische Armee gebracht hatte. Diese Meldung war der englischen Presse entnommen und war auch von Büttner anderer Länder bereits gebracht worden. Der Angeklagte wußt auf diese Sache auf und erklärte, daß er einen Vertrag militärischer Geheimnisse nicht mehr, die Rade sein konnte, nachdem die verschiedensten ausländischen Blätter diese Meldung bereits veröffentlicht hatten. Der als militärischer Sachverständiger hinzugezogene Offizier vom polnischen Dienststaat in Rattow vertrat jedoch den Standpunkt, daß die Veröffentlichung im „Oberhessischen Kurier“ doch als Verrat militärischer Geheimnisse aufgefaßt werden müßt. Diesem Gutachten schloß sich das Gericht an.

Der verantwortliche politische Redakteur der „Deutschen Rundschau in Polen“ wurde vom Bromberger Bürgergericht zu einem Monat Haft und 300 Zloty Geldstrafe im Richtbeurteilungsfalle zu weiteren 30 Tagen Haft verurteilt. Die „Deutsche Rundschau“ hatte am 11. Januar d. J. unter der Überschrift „Ein lebenswichtiger Prozeß des evangelischen Deutschlands in Polen“ einen Artikel veröffentlicht, aus dem hervorging, daß zwei Angehörige der deutschen Minderheit angeklagt waren, angeblich in den evangelischen Kinder-gottesdiensten, die sie in den Dörfern abhielten, deutschen Sprachunterricht erteilt hätten. Dieser Prozeß hatte im Ja- und Auslande ein berüchtigtes Aufsehen erregt. Die beiden Angeklagten wiesen einwandfrei nach, daß sie Kindergottesdienst in vielen Gegenden Westpolens heute nicht mehr möglich sei, weil die deutschen evangelischen Kinder des Lehens und Schreibens in der gothischen Schriftsprache vollkommen unkundig sind. Die „Deutsche Rundschau“ hatte in ihrer Stellungnahme zu diesem Prozeß einen in verlohnhaften Ton gehaltenen Artikel geschrieben, für den jetzt der verantwortliche Redakteur verurteilt worden ist.

Erspreche Unterdrückten.

Die Polen haben schon wiederholt den Versuch gemacht, Angehörige der deutschen Minderheit ihres Staates in dem Rahmen ihrer deutschstädtischen Propaganda einzuprägen. Einen solchen Versuch „Fert.“, „Wahr.“, „Klarheit.“, „Vernunft.“, „Moral.“, „Kunst.“, „Kultur.“, „Fest.“, „Liebe.“, „Gesundheit.“, „Familie.“, „Ehre.“, „Achtung.“, „Mannhaftigkeit.“, dieses Sollte wurden in allen Städten und Ortschaften Polens Entführungen gefolgt, in denen für das „polnische Alter“ demonstriert und gegen die deutsche Einprägung auf Pommern betont protistiert wurde, um nun überall eine einflussreiche Annahme dieser Entführungen herzustellen und um „nachzuholen“ zu können, daß sich alle Einwohner Polens, ohne Rücksicht auf ihre Nationalität einig in dem Willen zur Verteilung Pommerns sind, wurden gegenüber den deutschen Vertretern in den polnischen und pommerschen Kreistagen merkwürdige Zwangsmassnahmen ergriffen, die sofort klarge stellt werden müssen, um der von polnischer Seite offensichtlich bedrohten Legendenbildung vorzutragen.

Den deutschen Gemeinde- und Kreistagsvertretern in Polen und Pommern ist unter Bezugnahme auf das „Fest des Alters“ ein sämtliches Schreiben des jüdischen Staats mit dem Aufruf derung zur Unterdrückung einer Entführung zugestellt worden, in der es u. a. heißt: Wir fühlen sich, daß eine eigene Sozialföre für Polen ein unentbehrliche Bedingung des wirtschaftlichen und politischen Erfolges des Staates ist. Wir warnen alle Völker der Welt, mit dem Hinweis, daß die deutsche revolutionäre und Revanchenbewegung unweigerlich zu einem neuen Kriege führt. Wir appellieren an alle Völker, die den Frieden und die Gesetzlichkeit lieben und ehrlich an dem Aufbau der Weltwirtschaft arbeiten, sie mögen einen entzündeten Standpunkt hinsichtlich der Anerkennung der Rechte anderer Völker einnehmen, da dieses die reale Garantie des Weltfriedens ist. Wir geloben, daß wir niemals und um keinen Preis ein Vorrecht aus nur eines Teiles polnischer Erde von der Republik gestatten und auf jedem Verlust eines Antheils auf die Sonnenheit der Grenzen der Republik mit der Waffe in der Hand antworten werden. Pommern ist, und bleibt polnisch.“

Nicht überall hat man sich damit begnügt, den deutschen Gemeinde- und Kreisvertretern lediglich eine solche Entführung zugestellt. In zahlreichen Stellen des Landes — insbesondere sind aus den Gemeinden des Bromberger, Hohenholzhaar, Kolmarer und anderer Kreise bekannt geworden — wurden die Gemeindeworther von dem Gemeindeworther zusammengetreten und ihnen Entführungen ähnlichen Inhalts, zum Teil in noch schärferer antisemitischer Form, vorgelegt. Die Gemeindeworther bemerkten dabei, daß die Räte unterzeichnung der Entführung sehr nachdrückliche Zeichen haben könnten. Im Kreise Hohenholzhaar wurde in einigen Fällen vom Gemeindeworther sogar ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es „Zwang sei, die Entführung in unterschreiben“. In einzelnen Fällen ist man hier sogar vor Strafbefreiung nicht zurückgestreckt, und stellenweise sind deutscher Vertreter, die trotzdem die Unterzeichnung verweigerten, nichts von dunklen Elementen des „Gesetzes“ eingeschlagen worden. In einem Fall wurde einem deutschem Bauer, der seine Unterzeichnung verweigerte, erklärt, daß er dann die Aufzugsgegenabgabe für seinen Sohn verweigert werden würde. Verblüffendlich ist diesbezüglich erklärt worden, daß jeder, der die Unterzeichnung der Entführung vorweigerte, als Staatsverrater behandelt werden würde. Durch diesen ungemeinlichen Druck sind die deutschen Vertreter zur Unterzeichnung gezwungen worden. Diese erpreßten Unterzeichnungen nicht gerade für ein gutes Gewissen. Wenn die polnische Propaganda aufmerksam auf diese „ehlinnige“ angenommenen Entführungen im Auslande hingesehen wurde, wird man sich daran erinnern müssen, wie diese Einflussnahme erzielt worden ist. Ganz gewiß wäre kein deutscher Vertreter ohne diesen Zwang, der auf ihn ausgeübt worden ist, auf den absurdsten Gedanken gekommen, eine derartige Deutschfeindschaft und erlogene Entführung zu unterzeichnen. Und es ist sogar noch recht fraglich, ob auch alle polnischen Vertreter solchen Entführungen zugestimmt hätten, wenn in der Regierungssitz nicht gleichfalls Repressionen zu gemäßigt gepraktiziert hätten. Romeswags kann man die jetzt amtlich verlangten Resolutionen als einen Niederschlag der Stimmung der Bevölkerung werten.

Die „staatsgefährlichen“ Lehrer.

Vor einiger Zeit wurden in Bromberg zwei deutsche Lehrer, Eckart und Schmelzer aus dem Schuldistrikt entlassen und dann aus Polen ausgewiesen. Die „Anklagen“, die gegen sie erhoben wurden, sind bezeichnend für den Zustand der polnischen Schulpolitik. Die politische Presse kann sich nicht genug über die staatsgefährlichen Unterricht der beiden Entlassenen erregen. Was wird ihnen zur Last gelegt? Lehrer Schmelzer hatte mit jeh Kindern seiner Klasse eine Kampfschule nach Danzig und eine Wandertour nach Hobelsdorf Hela unternommen. In Danzig hatten sie das Glück, den Besuch des deutschen Lustschiffes „Graf Zeppelin“ mitzuverleben. Die Kinder haben bei dieser Gelegenheit, wie der verhinderte Schulrat feststellte, „wütet“ gerufen. Das ist einer der Vorwürfe, die Schmelzer vor Lott gelegt werden. Die zweite, den Lehrer „bedrohende“ Tatsache sieht das Kuratorium darin, daß einige Kinder in der Stunde beim polnischen Lehrer dieses Zeichens auf sein nacktes Bein gemalt und gab eigentlich damit den Anlaß zu der ganzen Unterdrückung mit den schwerwiegenden Folgen für die Lehrer und die Schule. Selbstverständlich ist auch die Kenntnis des „Hort-Wessel-Vieles“ ein stromäßigeres Vergessen, wofür der Lehrer verantwortlich ist gemacht wird. Diese und ähnliche Aufzählungen führen zu der Entlastung der Lehrer, die für den „Hitler-Welt“ in der Schule verantwortlich gemacht wurden.

Nun steht ein polnischer Schulleiter am Stelle des ehemaligen Schulleiters Eckart und ein polnischer Lehrer an Stelle Schmelzers. Das Lehrerkollegium dieser deutschen Minderheitsschule besteht nun aus vier deutschen und vier polnischen Lehrkräften. Der alte Schmelzer angestellte polnische Lehrer berichtet, daß deutsche Sprache nicht so, daß ihn die Kinder verstehen können. Jäder wie Gedächtnis, Erkunde, Naturkunde u. s. w. erfordert in polnischer Sprache. Die Kinder verstehen ihn nicht, und er nicht die Kinder.

Sogen die Zustände hat nun der deutsche Elternberat Schärfster Einspruch erhoben. In einer an das Schulministerium in Polen gerichteten Erklärung heißt es u. a.: „... Von angedeiner politischen Beeinflussung unserer Kinder durch die beiden entlassenen Lehrer im antisemitischen Sinne kann nicht im entstehen die Rede sein. Ebenso wie unsere Kinder über die polnischen Staatsmänner und Jünger der Gegenpart bescheid wissen, so sind sie selbstverständlich im Zeitalter des Radikalismus über alle anderen Vorkommnisse in der Welt und über die jüngsten Ereignisse in Deutschland zum Teil orientiert. Das kann aber durchaus nicht verwunderlich und verständig sein. ... Die Maßnahmen der Schule, nämlich an Stelle der beiden entlassenen Lehrer deutscher Nationalität, ist nicht geeignet, das gestörte Vertrauensverhältnis wieder aufzurichten. Wir befürchten, daß bei der jetzt geschaffenen Zusammenlegung des Lehrerkollegiums und durch die Erstellung von mehreren Lehrerabteilungen in polnischer Sprache der Charakter der Schule als staatliche deutsche Minderheitsschule leiden wird. . . .“

Die Zips.

Am Fuße der hohen Cotta liegt ein Land, dem deutsche Menschen vom Stempel deutscher Landschaft gegeben haben; die Sächs. Dieses deutsche Land stand in der Slawenzeit vor einer größeren Konkurrenz im deutschen Volke, als sie ihm bisher unterlief wurde: 800 Jahre lang ist die Sächs. ununterwetzt deutsch gewesen, ein aufrechtes und standhaftes Volkserbe des Deutschland. Heute leben 45 000 Deutsche jenseits jenseitiger Bawern, die jenseit zu Ungarn gehört hatte, nach dem Siege über der Elber-Slawencke wiedergeboren wurde. Im ersten Drittel des 12. Jahrhunderts begann die deutsche Einwanderung in die Sächs. Damit stellten die heutigen Sächser neben den salischen Deutschen und den Silesien-bürgern Sachsen das älteste Ausland des Deutschland dar. Man brauchte den deutschen Menschen. Er sollte das unbewohnte Waldland erobern, er sollte die großen Handelsstraßen, die durch das Gebirge führten, schützen. Der Deutsche erfüllte alles, was man von ihm erwartete. In kurzer Zeit wurden aus den ersten Siedlungen wohlbhabende Dörfer, in wenigen Jahrzehnten reiche Städte. Nach der kirchlichen Zusammenfassung kam 1290 das politische Bündnis der Zisterziens. Es entstand ein Rat, der sich die Universität der vierundzwanzig Zisterzienser Städte nannte und an dem Spitze der von allen Zisterziens. Deutschen gewählte „Groß der Sachsen“ stand. Diese Sachsen-Städte haben sich jeder auf seine Weise in die Geschichte des Deutschland eingetragen; der bekannteste unter ihnen ist Jordan Gorgon, der mit seinem Volk drei Jahre lang auf dem Schauberg gegen die Mongolen aussieht. Nach der politischen Zusammenfassung der „vierundzwanzig aufrechten Städte“ — sie hießen so wegen der trocknen Vertheidigung ihrer Eigenart und ihres Deutschums — wurde ein eigenes Zisterziens. Gesetzbuch geschaffen, entstand ein deutsches Rechtswofen nach dem Vorbild des „Sachsen-Spiegel“. Bis in das 15. Jahrhundert hinein blieben die Zisterziens. eine geblüffte Einheit. Und so ging die Reformation auch in einem leichten Siegeszug durch das ganze Land. Fast geschlossen trat die Bevölkerung zur Reformation über, und noch heute steht sie eine protestantische Insel inmitten eines rein katholischen Glaubensbezirkos dar. Ein Lout der nächsten Jahrhunderte verließ die Autonomie der Städte; ihr letzter Rest wurde schließlich 1870 durch den Schul- und Konkurrenz-Gesetz fortgeschafft. Das geforderte aber war und blieb das Wiederherstellung der Sächs. Seine Städte, Dörfer, Bauern und Kötter, seine Söhne und Töchter, seine Freunde und Feinde, alles ilm Laufe der Jahrhunderte in seinem Charakter deutsch genordneten. Vierundzwanzig „aufrechte Städte“, ein aufrechtes Land, ein uraltes und unerschütterliches Volkserbe des Deutschland. 800 Jahre hindurct!

Wirtschaftsführer — ?

Der Oberpräsident der beiden Schlesien, Helmuth Brückner, sprach am 10. Februar des 8. Jahrestages der Gründung des Untergau-Oberstreiches des NSSOB, am 10. Mai in Beuthen. In seiner Rede führte Oberpräsident Brückner u. a. aus: "Das erste Wort, mit dem geltend angekündigt habe als Oberpräsident, bildet Schlesien, richtet sich an die sogenannten Wirtschaftsführer. Sie führen. Sie können nur die sein, die den größten Schwierigkeiten Erfolge haben. Die Erfolge der oberpräsidialen Wirtschaftsführer sprechen ihnen das Güterstadium ab. Die Führung der oberpräsidialen Wirtschaft wird garantiert durch diejenigen, die den Börsenstadium für immer aus diesem Lande vertrieben, und das nicht die eingebildeten Wirtschaftsführer, sondern das ist die Stärke des deutschen Arbeitertums in diesem oberpräsidialen Industrieviertel. Jemals, meine Herren Wirtschaftsführer, wenn Ihr das Sormat gebrochen habt wie eine Samtfeuerkrupp oder Borlach, wenn Ihr aus eigner Kraft Eure eigene Tradition aufgerichtet habt, dann habt ihr auch Respekt vor Eurer Leistung, denn Nationalsozialist seint heisst, das Leistungsprinzip anzuerkennen. Dann, meine Herren eingebildeten Wirtschaftsführer, gäbe es eine gute Kommerzialschule zwischen Ihnen und den Amtaleitern, zwischen Ihren Kopf- und Handarbeitern in diesem Industrieviertel. Aber Ihr seid nur subventionierte Betriebsleiter. Einige von Euch haben Ihre Haltung angenommen, andere von Euch werden morgen abgedreht. Einigen haben wir den Respekt vor dem SA-Mann Ihnen beigebracht, die anderen werden noch gleich geschildert. Ihr habt teilweise nicht nur die Unterschärheit beobachtet, den Verlust zu machen, unsere deutschen Arbeitersüher so zu bestimmen wie Ihr die Ressorten des schwersten Systems beobachtet habt. Diese Unverdienstbarkeit unseres NSSOB-Jüngern gegenüber hat es mir verboten, als Oberpräsident die Ehre eines Empfangs in meinem Amtszimmer nicht wieder zu lassen. Die Herren vom Liberalismus scheinen noch nicht zu wissen, daß die braune Front des deutschen Sozialismus den Kampf geführt hat mit blutigen Opfern, daß das ein Kampf ist zwischen Blut und Gold, und daß gerade wie schlesischen Nationalsozialisten es als unsere besondere Ehre ansehen, hier in der Grenzmark nicht nur hundertprozentige Nationalisten, sondern genau so hundertprozentige deutsche Sozialisten zu sein. Wir wissen, daß die Grenzmark mit nationalen Präßen nicht gebaut werden will; wir wissen, daß der Sieg in Oberfranken durch Arbeiterrüttungen wurde, und nicht durch Agrarmagnaten und Wirtschaftsführer, die keine sind. Ohne den deutschen Arbeiter gibt es kein deutsches Vaterland!"

„Die Slowakei den Slowaken!“

Die „Wiener Neuesten Nachrichten“ melden aus Preßburg: Unter dem Schlagwort „Die Slowaken des Smolomken“ hielten die Volksverteiler des Partei-Hlinka und die Nationalsozialisten des Abgeordneten Rajus, der sich mit der Hlinka-Partei assoziiert hat, in Bratislava eine Besammlung ab, an der mehrere tausend Personen teilnahmen. Hlinka erklärte in seiner Ansprache: Der Vorstand ergriff des Tschchoslowakismus muß verschwinden; denn wir haben unsre Art und diese muß im Parlamente, in den Schulen und auf allen Gebieten des öffentlichen Lebens sich durchsetzen. Wir brauchen keinen Platz in der Regierung, wir fordern aber die Autonomie. Es wurde uns versprochen, daß die tschechischen Brüder nur so lange helfen würden, bis wir unseren eigenen Nachwuchs haben. Jetzt ist er da; aber niemand reicht uns ihre Posten zu geben... Rajus fügte, daß es der Tschchoslowakei statt Freiheit nur Parteiprivilegien gebe. Keine slowakische Stimme den tschechischen Parteien! sei die Forderung der Zukunft. — Der frühere Minister Čížko sagte, die slowakische Nationalidee sei auf dem Marsch, und wenn sie siege, werde mit allen Zauberern abgerechnet werden. Der eige Staat sei ein Gebäude, das aus zwei Wohnungen bestelle, die Slowaken vorlangen nunmehr einen Schlüssel zu ihrer eigenen Wohnung.

In Semf ist von aus der Tschchoslowakei vertriebenen Slowaken in „Slowakischer Rat“ gebildet worden, dem bekannte slowakische Führer angehören und der sich zum Ziel gesetzt hat, die slowakischen Gebiete von der Tschchoslowakei zu trennen und sie wieder Ungarn einzugliedern.

Es wurden ernannt. . .

Der Reichsminister für Volksaufklärung und Propaganda, Dr. Goebbels, hat die Leiter der 13 Landesstellen für Volksaufklärung und Propaganda ernannt. Die Landesstellen sollen Gebiete zusammen, die entweder wirtschaftlich oder durch die Stammesgegenwart ihrer Bevölkerung zusammengehören. Von den Osten sind folgende Landestellen erichtet worden:

Landestelle Berlin-Brandenburg-Sachsenmark umfasst die Pro-

Landesstelle Schlesien, umfassend die Provinzen Ober- und Niederschlesien. Leiter: Gunzner, Breslau.

Landesstelle Ostpreußen, umfassend die Provinz Ostpreußen. Leiter:

— 10 —

Vorstande Pommern - Mecklenburg, umfassend die Provinz
Dommern, die Länder Mecklenburg-Schwerin und -Strelitz und Freie
Stadt Lübeck. Leiter Neumann Stettin.

Landesbeste Bayern, umfassend das Land Bayern. Leiter: Ober-
regierungsrat E bner, München.

Im Schungsfoos des Regierungsgebäudes in Oppeln erfolgte am Juli die feierliche Amtseinführung des neuen Regierungspräsidenten, Regierungsrats Schmidt aus Reichenbach, durch Oberpräsident Brückner.

On der offiziellen Vollzogung der Breslauer Industrie- und Anderkammer teilte Präsident Hans Kemna mit, daß die Kammer geschlossen habe, den früheren Präsidenten Dr. h. c. Grund in Anerkennung seiner unermüdlichen Arbeit für die niederösterreichische Wirtschaft und für die Kammer zum Ehrenpräsidenten zu ernennen.

Zum kommissarischen Bürgermeister der Stadt Fraustadt ist von der Schiebemühles Regierung auf Vorschlag des Oberpräfekten Wilhelm Kube der Volkswirt Kopprisch aus Cottbus ernannt worden.

Der Erste Bürgermeister von Marienburg, Pawelski, ist vom Regierungspräsidenten zu Marienwerder seines Amtes entbunden. Gegen ihn wurde ein Disziplinarverfahren eingeleitet.

Der Regierungspräsident Schöninger in Frankfurt (Oder) ist vom Preußischen Staatsministerium auf Grund der Verordnung vom Februar 1910 unter Beihilfe des Reichsverkehrsministers bekannt

3. Februar 1919 unter Gewahrung des geistlichen Warlegeldes sofort
aufzweilen in den Ruhestand versetzt und der Landrat Dr. Eichler

Rottbus, vorbehaltlich der Zustimmung des Provinzialausschusses, -Ratssitzungen abzuhalten in Frankfurt (Oder) einzurichten werden.

Als Nachfolger des polnischen Gesandten in Berlin Dr. Alfred

Als Ausdruck des polnischen Interesses in Berlin, auf die
Józef Becki, wurde der Chef der West-Abteilung im Warschauer Außen-
amt, Józef Cipkli, zum polnischen Gesandten in Berlin ernannt.
Zum polnischen Generalkonsul in Leipzig wurde der bisherige Chef
der Verwaltungssektion im Warschauer Außenministerium, Stanis-
ław Przybicki, ernannt.

Kürzlich starb in Breslau der Besitzer der Güter Gorzno, Gorzyn und Bojanice, Rittermeister a. D. Karl Müller. Die "Deutsche Wochenschau" widmet dem Verstorbenen einen ehrenden Nachruf. Das Todesjahr nennt ihn eine der markantesten Führerpersönlichkeiten des Aufsturms in der Provinz Polen. Er war Gründer vieler deutscher Organisationen, u. o. s. des Pfälzer Alumnats. Für die deutsche Rasse Polen hat er ebenfalls viel getan. „Eine Führerpersönlichkeit von deutscher Schüchternheit und vornehmener Geistigkeit ist“, so schreibt es Blatt, „von uns gegangen.“

Wegen Spionageverdacht für Polen wurde im Kreise Friedberg auf Veranlassung des kommissarischen Bürgermeisters ein katholischer Geistlicher in Schutzhaft genommen.

Abstimmungsgedenkfeier in Berlin.

Im Mittelpunkt des großen Abstimmungsgedenkfeier der Ost- und Westpreußen und der Rundgebung für das Deutschland im Memelland, die am 6. Juli in Berlin stattfand, stand die eindrucksvolle Rede, die der Schirmherr des Bundes Deutscher Osten, Gauleiter und Oberpräsident Wilhelm Kübe, hielt. Er betonte, daß von allen Abstimmungssiegen an Eindeutigkeit des Bekennantrags zum gemeinsamen deutschen Vaterland Ost- und Westpreußen bei weitem an der Spitze stehen. Soll zu 100 v. H. habe sich Natura zum Deutschen Reich bekannt. Der Abstimmungstag in Ost- und Westpreußen sei ein Ehrentag für Deutschland. Dieses Abstimmungsergebnis, bei der ersten militärischen Sieg des Deutschen über die Tschechoslowakei gewesen und habe gleichsam als Morgenrot in das Dritte Reich gewiesen. Die Ostdeutschen hätten mit diesem Bekennantrag gezeigt, daß sie lieber in einem armen Deutschland zu leben und zu Bende machen seien, als um irgendwelche Versprechungen willen die Bande des Blutes zu lösen. Seit Jahrhunderten sei das deutsche Volk mit diesem Volk auf engste verflochten. Auf diesen Boden könnten und wollten wir nicht verzichten. Der Redner wies auf die Schönheiten des Orients hin, auf die Seen, das Süßland, die Wehrburg, die dunklen Wälder, faszinierende andere Landschaften, eine Berglandschaft, die den Schönheiten des übrigen Deutschland am Rheinland und in Südwürttemberg ausüben könnten. Möge das Süden des Vaterlandes in mehr als 2000jähriger Geschichte das Empfinden für die Schönheiten des Landes haben, möge sich im Nachgebirgs das gesamte militärische Denken entfalten. So habe das deutsche Ordensland im Osten dem deutschen Staate den ersten Staatsbogen gegeben. Ohne den Osten und seine Güter wäre Deutschland nach dem Friedensvertrag des Tilsit-Hohenstaufen-Krieges verloren gewesen. Der Redner erinnerte an den Großen Kurfürsten, Friedrich Wilhelm I., Friedrich den Großen und viele andere. Ohne die ganze Deutschland ist es zu der Organisation des Bismarckreiches gekommen, das ein politisches Gesamtkunstwerk des deutschen Ostens an das gesamte deutsche Vaterland sei. Die konservative politische Gesinnung habe der Osten auch in die deutsche Geschichte hineingebracht. „Ich bin der erste Diener meines Staates“, habe der große Preußenkönig gelogen. Preußens Söhne hätten sich auch in schlechten Zeiten an den Boden geklammert und die Grundlage gelegt für die Geschichte des deutschen Volkes. Oberpräsident Kübe gedachte des Doktrinarei von Berlauß und erklärte, niemals vergeben das deutliche Volk die Brüder, die unsrer Bevölkerung, unserm politischen Schuh entzogen sind. Er erinnerte an das Wort des Reichskanzlers Adolf Hitler, daß wir die kulturelle Verbundenheit mit allem Deutschland in Europa ohne Unterschied der Staatsgrenzen für ein heiliges Recht deutscher Nation vor dem Vaterland vertreten. Kein stolz denkendes Volk habe das Recht, uns diesen Anspruch der kulturellen Verbundenheit zu bestreiten. Der

Deutsche sei für alle Völker des Orients der Kulturräger gewesen. Der Deutsche sprach dann von der ostpreußischen Treue zur Heimat, von der Liebe zum Lande, die keine Partei habe rauben können. Am Osten werde nicht viel geredet, sondern gehandelt. Wer seine räuberische Hand nach Ostpreußen ausstrecke, der besiegt auf Gram. Das Bekennantrags der Ostpreußen sei der deute Schatz jeder deutschen Politik. Wir bedenken heute eines Ehrentages Eurer Heimat, nicht nur eines Ehrentages für Euch, sondern die ganze deutsche Nation hat Anlaß, auf den ostpreußischen Abstimmungssieg Stolz zu sein. Das neue Reich wird den Osten die Stellung in der gesamten Nation wiedergeben, die ihm nach seiner politischen, nach seiner wirtschaftlichen, nach seiner kulturellen und bevölkerungspolitischen Bedeutung zukommt. Mag Denzig ein älterer Staat sein, mög das Memelland äußerlich unterdrückt sein — äußerlich kann man sie wohl unterdrücken, innerlich aber nein. Deutschland ist auch dort, wo das Deutsche Reich äußerlich Reiten trägt. Aber über alle Heimheit der anderen erhebt sich Königlich das hohe Freiheitsgefühl des seitlichen Ostens. Gott segne den Osten und seine Söhne, die Heimat und ihre Tochter.

Auch Oberlehrer Ulrich, der für den erkrankten Sachschuldirектор Dr. Glogau — Tilsit eingekommen war, sprach der Söhne des Bundes Deutscher Osten, Dr. Franz Lüdtke, ein. Mit warmen, von tiefer Leidenschaft getragenen Worten sprach er über die Bedeutung des ostpreußischen Menschen, des Kämpfers, um den Osten. Der Süden des Landes und die komplizierten Geographie, Flüsse, Seen, habe aufgrund des Zug des Deutschen nach Westen aufzuhalten, und im Sinn dieser Bewegung habe Alfred Rothenberg, ein Sohn des Böhmischen Landes, die Vereinigung aller der Ostgebunden wirkenden Verbände unter seiner Frau Lüdtke, Führer im neuen Bund Deutscher Osten veranlaßt. Schirmherr dieser Organisation sei Wilhelm Kübe, der Erbtreter der Osthmark. Die Wiedergründung der verlassenen Gebiete deutscher Jungs in Deutschlands jüngstes Schicksal aufgeht, und für die Erreichung dieses Ziels habe auch der Bund Deutscher Osten ein. Franz Lüdtke begrüßte daher diesen Tag nicht nur als den Tag des großen Treuebekennantrags der ostpreußischen Lands zum Reich, sondern in besonderer Weise auch deshalb, weil der Reichsverband der heimatstreu Osts- und Westpreußen mit sämtlichen Nebenorganisationen sich heute dem Bunde Deutscher Osten angegeschlossen habe. In Gegenwart aller Anwesenden nahm er die Verehrung des Führers der heimatstreu Ost- und Westpreußen, Postrat Fuß, entgegen und verpflichtete ihn feierlich Handfastung zur Mitarbeit an der gemeinsamen großen Aufgabe. Nach dem Gelöbnis des Postrats fuhr Jos. Gelsdorf berief ihn Dr. Lüdtke in den Bundesföhrerrat. — Die Feierstunde endete ihren Abschluß mit einem dreifachen „Sieg Heil“ auf Adolf Hitler und mit dem Hörst-Wessel-Lied.

Mitteilungen des Bundes Deutscher Osten.

Der stellv. Bundesführer.

Der Bundesführer befindet sich zurzeit auf einer Pressefahrt in Ostpreußen.

*

Aus Anlaß der Auflösung des Ostauschusses bat der Herr Reichsinnenminister Dr. Frick unter dem 6. Juli 1933 folgendes Schreiben an den Vorsitzenden des Ostauschusses, Herrn Grafen von Baudissin, gerichtet:

Sehr verehrter Herr Graf!

Die Entwicklung der Dinge in den vergangenen Wochen hat ergeben, daß sich eine erhebliche Fortschreibung der Arbeiten des im Jahre 1926 auf Veranlassung meines Ministeriums geschaffenen Ostauschusses nicht mehr ermöglichen läßt. Bei dieser Schwäche darf ich Sie bitten, mir tunlichst Verbelebung an die Maßnahmen zu ergriffen, die erforderlich sind, um den Ostauschuss aufzulösen und der altsächsischen Angleichung der heimatstreu Verbände an den Bunde Deutscher Osten die Wege zu ebnen.

Ich möchte bei dieser Gelegenheit nicht verfehlens, Ihnen, sehr verehrter Herr Graf, für Ihre langjährige Verantwortungsbewußtsein und fachliche Leitung des Ostauschusses — Bunde deutscher Osterbünde — im Namen der Reichsregierung meinen aufrichtigen Dank und meine herzliche Anerkennung aussprechen. Wiederholig bitte ich Sie, diesen Dank auch den unter Ihrer bewohnten Führung stehenden landsmannschaftlichen Verbänden für ihre opferwilligen und von vaterländischer Treue getragenen Arbeiten zu übermitteln.

Mit vorzüglicher Hochachtung
Ihr sehr ergebener ge. Frick.

*

Der Memellandbund hat am 6. Juli 1933 einstimmig seine Auflösung und den Übertritt in den Bunde Deutscher Osten beschlossen.

*

Der Reichsverband der heimatstreu Ost- und Westpreußen hat in seiner Hauptvorstandssitzung die Auflösung des Reichsverbandes und den Übertritt in den Bunde Deutscher Osten beschlossen. Gelegentlich der in der „Neuen Welt“ in Berlin veran-

stalteten Abstimmungskundgebung gab der Führer des Reichsverbandes, Pg. Postrat Fuß, ein Treuebekennantrags zur Führung des Bundes Deutscher Osten ab und wurde durch den Bundesführer in Gegenwart des Schirmherrn des Bundes, Pg. Oberpräsident Kübe, hierbei verpflichtet.

*

Der Vorsitzende der Vereinigten Verbände heimatstreu Oberschlesier, Oberbürgermeister Kohn, Ratsherr, hat telegraphisch den Eintritt der Oberförstereiverbände in den Bunde Deutscher Osten erklärt.

*

Der Bundesführer hat Professor Ernst Voitschmann, den Vorsitzenden des bisherigen Memellandbundes, und Pg. Postrat Fuß, den Führer des bisherigen Reichsverbandes der heimatstreu Ost- und Westpreußen, in den Bundesföhrerrat des Bunde Deutscher Osten berufen. Frau Erbtochter Brönnér-Hoepfner und Pg. Georg Sammel sind zu besonderen Mitarbeiter in dem Bundesamt für Heimat- und Volksaufzugsleiste bestellt worden.

*

Ich berufe den Pg. Richard W. Triss in Oberhausen, Sektr. 11, zum Führer der Landesgruppe Rheinland-Westfalen. Bei dieser Gesamtbeförde möchte ich meiner besonderen Freude darüber Ausdruck geben, daß hierdurch wiederum eins der ältesten Mitglieder der RSDAP (Mitglieds-Nr. 44) mit der Arbeit des Bunde Deutscher Osten besonders eng verbunden ist. Dr. Thiele.

Landesgruppe Bayern-Pfalz.

1. Die Landesgeschäftsstelle Bayern-Pfalz wurde im Einvernehmen mit Staatsminister Hermann Esser, dem Leiter der bayerischen Staatskanzlei, nach München verlegt. Die neue Auschrift der Landesgeschäftsstelle lautet: München, Staatskanzlei.

2. Zum Leiter der Hauptabteilung Presse-Schriften, Willenshoft und Öffentlichwerbung befürmte ich Dr. Kurt Comptier.

3. Zur gründlicheren Bearbeitung der bayerischen Osthmark habe ich dieses Gebiet in vier Bezirksgruppen eingeteilt. Ich habe ernannt:

Zum Führer der Bezirksgruppe Posen Pg. Studientrat Dr. Werner (Posen);
 zum Führer der Bezirksgruppe Regensburg Pg. Stadtrat Dr. Präsäusser (Regensburg);
 zum Führer der Bezirksgruppe Weiden Pg. Oberarzt Dr. Stark (Weiden).

Die Führung der Bezirksgruppe Hof wird im nächster Zeit geregelt. Hanns Beer.

Sterbegeldversicherung.

Wegen Fortleitung der Versicherung der Mitglieder des aufgelösten Ostbundes bei der Obers-Germania-Sterbegeld ergeben häufig Anfragen. Hierzu sei mitgeteilt, daß bis auf weiteres die Beitragsmäßi unverändert bleibt. Die Abwicklungstelle des Ostbundes nimmt weiter die Beiträge entgegen und rechnet mit der Obers. In Zukunft werden neue Verträge nur mit den damaligen Mitgliedern geschlossen, die dem Bund Deutsche Osten angehören. Röhrt Bestimmungen erfolgen durch Auskunftsbriefen.

Besuch den deutschen Osten!

Mit dem „Seedienst Ostpreußen“ nach Danzig und Memel!

Wie alljährlich, so verziehen auch diejenen Sommer die beiden Schmucke Schiffe des Seedienstes Ostpreußen die Hansestadt Danzig¹ und Preußen² den Verkehr von Swinemünde nach Danzig, Ostpreußen und Memel. Doch sind einige Veränderungen bezüglich der Strecke und der Schiffe vor sich gegangen. Sie ist um 10 Minuten verlängert worden und bietet daher ihren Fahrgästen jetzt noch mehr Sicherheit und Bequemlichkeit als vorher. Sie wird auch in diesem Jahr für jeden wieder eine besonders große Freude sein, mit ihr zu reisen und sich von dem zu jeder Auskunft gern herreitenden Kapitän Söer in die Geschäftswelt des Schiffes einzubringen. Wer erst recht den „Hanseschiff“ Danzig und den Neuland in Swinemünde verjohen, der kann sich auf der Obers. Schiff der Strecke vertrauen. Die andere Variante besteht darin, daß der Seedienst um die Strecke von Tilsit und Swinemünde — Tilsit — Swinemünde verlängert worden ist, so daß die gesamte Fahrt bis nach Memel heute zwei Tage und zwölf Nächte dauert, für die Ostsee immerhin eine beträchtliche Länge.

Auf der Fahrt lernt man die ganze deutsche Ostseeküste kennen. Zugleich berührt das deutsche Schicksal eindrucksvoll auf den Reisenden: zweimal berührte er auf der Reise deutsches Land, das heut „Ausland“ ist, deutsches Land, bei dessen Betreten man sich einer Paus- und Zollabfertigung unterziehen muß. Auf der Höhe von Zoppot blieb er noch 8 Stunden im Hafen, — ursprünglich ein kleiner Fischerdorf, heute von ungeheurem Umfang, eine Gefahr für die Wirtschaft Danzigs. Aber dann verhindert wieder der Anblick des Turmes der Marienkirche, des alten deutschen Wahrzeichen Danzigs, das Deutschland der unfreien Freien Stadt und gibt die Gewissheit, daß die willkürlich geponnen Schranken des Besatzer-Diktats nicht auf die Dauer Deutschen vom Deutschen trennen vermögen.

Von Pillau, dem nördlichsten Hafen, den der Seedienst berührt, einer kleinen Hafenstadt mit schmucken Häusern, deren Ruhm der Große Kurfürst begründete, als er hier die Wiege der brandenburgisch-preußischen Stute sah, geht die Fahrt weiter an der sambischen Küste entlang bis nach Memel hinaus, vorbei an dem einzigen Bernhardinerwerk der Welt, das von Palmländern übergrüßt. Und von Memel aus gelangt der Schlossgästehofe in die Bäder der Kurischen Nehrung. Mit ihren starken Brandung und ihrer bis dahin unbekannten Feuchtigkeit sowie ihrem eigenartigen Charakter ziehen sie den Strandgästen von jenseits besonders an. Man fühlt sich hier in den Ämtern der östlichen Dünen plötzlich in ferne fremde Gegendungen verlegt. Wer einmal diese Landschaft gesehen hat, wird immer wieder ihr zurückkehren. Allerdings, da das Land noch nicht kennen, bei dringendem Anlaß gelegt, einmal den Osten Deutschlands aufzusuchen, um sich dort zu erholen und an den Naturschönheiten zu erfreuen, zugleich aber auch um sich selbst zu erholen, um den Volksgenossen im Osten zu helfen und um die Oberschlesier über die Ostmark aufzuklären zu können. X.

Studienfahrt durch die Grafschaft Glatz in Schlesien.

Eine pflanzenphysiologische Studienfahrt durch die Grafschaft Glatz und das Altvatergebirge wird in der

Haus „Kurmark“.

	Übertrag: 460,- RM.
Ortsgruppe Angermünde, 2. Betrag	56,70 "
Gem. Siedlungsgenossenschaft „Olmärk“ Berlin	30, " "
Ortsgruppe Sommerfeld (R.-L.)	20, " "
Ortsgruppe Groß-Hamburg	20, " "
A. Heupel, Berlin	20, " "
Baugenossenschaft vertriebene Ostdeutsche, Berlin	20, " "
Ortsgruppe Diesfeld	10, " "
Dr. Eichler, Albreck	10, " "
Ortsgruppe Volksh.	5,- " "
Ortsgruppe Eggers	5,- " "
Karl Strick, Frankfurt a. M.	5,- " "
J. Schmidt, Kl. Mahnrom	5,- " "
Franz Bobucke, Berlin	1,- " "
Franz Jägermeister, Berlin	0,50 " "

Stand vom 12. Juli 1933: 668,20 RM.

1. Stand vom 23.—28. Juli von der Staatlichen Stelle für Naturdenkmalspflege unternommen. Die Führung liegt in den Händen des Privatdozenten Dr. Hause, Berlin. Als Ort der Zusammenkunft ist Wünschelburg (Schneidungslagung Mittelsteine) vorgesehen. Es werden u. a. geplant: Ausflüsse in die Naturdenkmale Große Heusweiler und Großer See, Lehrausflug nach Höhle Meuse, Unterlaubung eines hochmittelalterlichen Hochmoors, Lehrausflug auf den Großen Schneeberg, in das Naturschutzgebiet Salzmühlen, Besuch des Moosbruchs bei Reichenau. Zur Deckung der Unkosten wird eine Teilnahme ergeht mit 3 RM erhoben. Anmelbungen sind zu richten an die Staatliche Stelle für Naturdenkmalspflege, Dr. Eichler-Schönberg, Grunewaldstr. 67, wo auch jede weitere Auskunft über die Studienfahrt ertheilt wird.

Westdeutschland fährt nach dem Osten.

Der rheinisch-Westfälische Hauptverband heimatloser Ost- und Westpreußen veranstaltet zusammen mit den Verkehrsvereinen des westdeutschen Industriegebietes vom 24. Juli bis 3. August und vom 8. bis 12. August zwei Gesellschaftsfahrten nach dem deutschen Osten. Die Fahrten beginnen in Düsseldorf und führen nach Marienburg. Von hier werden Deutz-Eglau, Osterode, Lemgo, Allenstein, die majestätischen Seen und die Rominter Heide, Iserlohn, Tilsit, Königsberg und Elbing befahren. Mit einem Aufenthalt im Grenzgebiet des Weichselkorridors finden die Reisen ihren Abschluß. Die Preise der Fahrten sind so volkstümlich gehalten, daß jeder daran teilnehmen kann.

Ein Unterkunftsheim im Bayerischen Wald.

Am 16. Juli 1933 findet zusammen mit einer Ostmark-Kundgebung die Einweihung des neuen Unterkunftsbaus auf dem 1313 Meter hohen Großen Falkenstein im Bayerischen Wald zwischen Zwickau und Eilenstein statt. Dieses Schuhhaus, das der Bayerische Waldboden (Sig. Straubing) mit Unterstützung aus Ostpreußland erbaut, hat insgesamt 20 Betten und 16 Matratzenlager sowie gemütliche Gaststätte, die Jugend hat man ein Nebenhaus mit Wohnküche und 12 Zögern errichtet. Das Haus ist ganzjährig bewirtschaftet; denn auch im Winter ist der Große Falkenstein ein wichtiger Skiliftsitz und ein wahrhaftiger Höhepunkt des Bayerischen Waldes. Der Große Falkenstein ist berühmt durch seine einzigartigen Urwaldbestände (Naturdenkmale), die eine Sehenswürdigkeit der bayerischen Ostmark darstellen.

Ostpreußen werden gedreht.

Sig. Puchstein, einer der ältesten Pioniere des Kultur- und Lebfilms, bereitet jedoch die Aufnahme zu seinem neuesten abendländlichen Kulturfilm „Den lebts der Weißseel“³. Mit diesem Film wird das ganz im Dienst des Propagandakampfes gegen den Weichselkorridor steht, bereitet Sig. Puchstein seine 100. Kulturfilmarbeit. Gemäß, es nicht allzuliches Jubiläum! Sig. Puchstein steht seit 1922 von Pommern aus im Kampf für die deutsche Freiheitsbewegung. Nach politischen Verfolgungen des Jahres 1925 nach Königsberg in Ostpreußen. Hier kehrte er sich und sein ganzes Schaffen am Kulturfilm in den Dienst des Kampfes gegen die unehrbare Grenzziehung im deutschen Osten. Seit 1925 hat Sig. Puchstein in Königsberg u. a. über 50 ostpreußische Kulturfilme.

Um die Bedeutung der Verkehrs- und Werbung für Schlesien auf anschauliche Weise einen größeren Kreis klarzumachen, wird z. B. ein Film gedreht, in dessen Mittelpunkt die Oderfrage gerückt ist. Der Titel des Films lautet: „Des deutschen Ostens Lebensstrom — die Oder.“



